

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZEIWOCHENZEITUNG

■ Pioniere wie Jungnazis gedrillt?

Leipziger Schulmuseum nicht nur in räumlicher, sondern auch in bedenklicher geistiger Nähe zur „Runden Ecke“
Seite 4

■ Ein Marxist an der Wall-Street

Hochgehrt begeht der Ökonom Günter Reimann aus der Uckermark in den USA seinen 100. Geburtstag.
Seite 7

■ Skandal um das Gedenken

Seit zu Jahresbeginn die NS-Opferverbände die Stiftung sächsische Gedenkstätten verließen, hat deren Politik der Gleichsetzung von Nazi-Verbrechen und sowjetischer Verfolgung die Fronten nur noch verschärft.
Seiten 8-9

23

2004

12. Jahrgang

12. November

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

Rentner gucken auch 2005 in den Mond.

Marc Ranstetter 2004



Finanzminister Hans Eichel hat den Rentnern in Deutschland nach 2004 die nächste Nullanpassung bei den Renten verordnet. Ätch! Sollen sie doch froh darüber sein, dass es bei der prekären Kassenlage keine Minusanpassung gibt.

Unerquickliche Verquickungen

Das muss der lohnabhängige Mensch schon zur Kenntnis nehmen, ehe er schicksalergeben den Gürtel enger schnallt: **General Motors meldete Anfang Oktober aus seinem Stammsitz Detroit, der Gewinn sei im abgeschlossenen Rechnungsjahr um 3,5 Prozent auf 440 Millionen Dollar gestiegen.**

Was blieb dem Konzern da anders übrig, als seine enttäuschten Aktionäre noch vor dieser Gewinnmeldung über das Schlimmste hinwegzutrusten: Man werde 12 000 Stellen, davon 10 000 in Deutschland, streichen!

In den amerikanisch gesteuerten Opel-Werken geschieht nichts anderes als überall in den verbühenden bundesdeutschen Ländern, man will mit hanebüchen unökonomischen Lösungen mehr Profit herausquetschen: Das heißt: längere Arbeitszeiten, geringere Arbeitskosten. Kürzlich las ich eine Berechnung, derzufolge der Unternehmer, seit die paritätische Krankenversicherung von der rot-grünen Regierung abgeschafft wurde, nur noch einen 20-prozentigen Anteil beisteuert.

Aber bleiben wir bei General Motors und Opel und betrachten das Ganze einfach mal mit der Ostler-Brille:

Es geschieht derzeit doch nur die Fortsetzung dessen, was der Osten schmerzhaft durchlitt, was aber kaum einen Westler irgendwie rührte: Marode oder auch ganz und gar nicht marode Werke werden aus kapitalinternen Gründen plattgemacht, die Arbeitenden zu Arbeitslosen und damit sich selbst überlassen. Tatsache ist, das Opel-Werk in Bochum hat nicht nur wassereimergroße Löcher in den Dächern und gefährliche Risse im Backsteinmauerwerk, auch der Produktionsablauf ist eher vorsintflutlich. Das Opelwerk in Eisenach dagegen ist dank der Fördermittelgeschenke vom Feinsten. Zudem bietet es den Profiteuren 25 Prozent Kostenvorteile durch längere Arbeitszeiten und geringere Sonderzahlungen. Bei der Qualität gehört das Werk ohnehin zu den besten in Deutschland.

Da kann ein wütender Opel-Arbeiter, wie jüngst im Fernsehen gezeigt, noch so sehr auf Eisenach fluchen und die Schließung dieses Werkes verlangen – Unsolidarität ist kein Ausweg aus der Misere. Auch nicht angesichts des noch weiter nach Osten gehenden Trends. Das polnische Werk in Gliwice bietet noch mehr Extraprofit, weil dort unter anderem die Löhne etwa viermal niedriger sind als in Bochum. Was für ein Extraprofit. Der muss thematisiert werden!

Und – auch das ist nicht zu vergessen: General-Motors ist dem Bush-Clan verpflichtet und dankte mit dem Opel-Werk der polnischen Regierung für die Bestellung von US-Kampflugzeugen.
• M. W.

Ich schränke mich ein, du schränkst dich ein

Das ist der neue Trend: Arbeiter retten die deutsche Wirtschaft mit Lohnverzicht oder Mehrarbeit vorm Ruin. Nicht ganz freiwillig, aber geduldig nach gutem Zureden durch Gewerkschaftsobere. Was DaimlerCrysler als Signal setzte, machte Schule, nicht nur in der Autoindustrie, jüngst zum Beispiel auch bei den Leipziger Verkehrsbetrieben: Geschäftsführung und Belegschaftsvertreter, assistiert von Ver.di, schlossen einen „Solidarpakt der Einschränkungen“. Für das vage Versprechen, Kündigungen möglichst zu vermeiden, das heißt für viel weniger als eine Arbeitsplatzgarantie, müssen die Beschäftigten eine Arbeitszeit-senkung mit entsprechenden Lohnneinbußen, weniger Urlaubstage und geringeres Weihnachtsgeld hinnehmen. Eine neue Facette bei solchem Sozialraub ist, dass immer häufiger die Manager, manchmal gar die Aktionäre, scheinbar mit gutem Beispiel vorangehen – um zu zeigen, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Auch der Bundespräsident, der Kanzler, die Minister, Staatssekretäre wie andere hohe Beamte müssen Opfer bringen: keine Gehaltssteigerungen in diesem Jahr, hat die Regierung beschlossen. Das ist nicht nur Schmierentheater, das ist übelste psychologische Kriegführung des Kapitals gegen das Volk. Es geht um Leute, die Zehntausende im Monat schlucken und bei denen man angesichts ihres Tuns und Lassens manchmal fragen muss: und dafür bekommen die noch Geld? Jetzt stellen sie sich in eine Front mit Arbeitern, kleinen Angestellten und Hartz IV-Almosenempfängern. Man wird erinnert an das Gleichheitsgebot im vorrevolutionären Frankreich: Es sei Arm wie Reich verboten sei, unter Brückenbögen zu schlafen. • KURT RECHT

Wahl des Oberbefehlshabers

Die Präsidentenwahl in den USA hat die hiesige Öffentlichkeit wohl interessiert, aber doch nicht sonderlich erregt – sieht man von den Stimmungsmachern der großen Medien ab. Bei vielen resultiert die Gelassenheit sicherlich aus der Erfahrung, dass Wahlen unter solchen Bedingungen wie in den USA kaum Chancen für ernsthaften Politikwechsel bieten. Man erinnert sich an das Fazit des „rasenden Reporters“ Egon Erwin Kisch, der die Präsidentenwahl 1928 miterlebte und in „Paradies Amerika“ notierte: „Was ändert sich eigentlich dadurch, ob Smith oder Hoover gewählt wird?“ „Oh, es ändert sich ebensoviel, wie wenn Tunney statt Dempsey Weltmeister im Boxen wird.“ Ein Sieg Kerrys hätte keine grundsätzlich neue Politik bedeutet, aber – eine Niederlage Bushs wäre für die Welt schon ein willkommenes Signal gewesen. Hingegen kann sich die LVZ nicht genug darüber begeistern, dass der alte Präsident der neue ist. Im Leitartikel wertet der Chefredakteur als historischen Triumph, dass Bush „von der bürgerlichen, religiösen, konservativen und weißen Mehrheit“ (einem Drittel der Wahlberechtigten!) im Amt bestätigt wurde – „trotz seiner Fehler im Irak“. Fehler – Hilders Wort für kapitale Kriegsverbrechen. Offenbar ist ihm die Stimmung deutscher und anderer europäischer Politiker nach diesem Wahlsieg zu bieder, und er fordert von ihnen, auf Bush zuzugehen und sich nach den Zerwürfnissen der vergangenen Jahre an seinem Versuch zu beteiligen, das von ihm „zertrümmerte transatlantische Porzellan zu kitten“, damit nicht „der Westen“ weiter geschwächt werde. Weiter ist auf Seite 1 die Äußerung eines amerikanischen Politikwissenschaftlers herausragend platziert: „Bushs klare, einfache Worte, sein Eintreten für eine robustere Außenpolitik vermitteln eher Sicherheit bei einem Gefühl der allgemeinen Bedrohung.“ Noch eine sträfliche Beschönigung: „robustere Außenpolitik“ für Staatsterrorismus. Auf Seite 3 rundet die Überschrift die Bewertung der Wahl ab: „Amerika wählt Stärke“ – und Konservatismus: Die Amerikaner „wollen einen ‚starken Mann‘ im Weißen Haus und eine konservative Politik im Kongress“. Niemand muss sich da wundern, wenn in der LVZ bald auch Forderungen nach einer „robusteren“ deutschen Außenpolitik, nach verstärktem militärischen Engagement in aller Welt ertönen, Forderungen nach einer rascheren Modernisierung der Bundeswehr – mit allem, was dazugehört: Sparkurs, Patriotismus und auch eine „robustere Innenpolitik“. Der Weg ist schon lange vorgezeichnet.

• GÜNTER LIPPOLD

Nazi-Anschlag auf Netzwerk für demokratische Kultur

Tote billigend in Kauf genommen

LN. In der Nacht vom 6. zum 7. November verübten Nazis in der sächsischen Kleinstadt Wurzen einen Bombenanschlag auf das Gebäude des Netzwerkes für demokratische Kultur e.V. (NDK). Sie installierten an den Scheiben und am Eingang des Gebäudes zwei Rohrbomben und brachten sie zur Explosion.

Die Verletzung bis hin zur Tötung in der Nähe befindlicher Personen wurde dabei billigend in Kauf genommen. Es entstand kein Personen-, aber Sachschaden. Kerstin Köditz, Grimmaer PDS-Landtagsabgeordnete, nennt den Anschlag auf das Netzwerk „ein Resultat des schon traditionellen Versagens des Oberbür-

germeisters Dr. Schmidt und der CDU-Ratsmehrheit bei der Bekämpfung der extremen Rechten“. Sie fordert von der Wurzen CDU Konsequenzen gegen einen Laden, der die extreme Rechte mit Material versorgt. Sie warnt vor einem Versand, der offen als Unterstützer der Schulhof-CD der Neonazis im Internet auftritt und mit Combat Wurzen eine lokale Gruppe als Kontaktmöglichkeit nennt. Wenn in Wurzen weiterhin die „Strategie der berühmten drei Affen“ betrieben wird, werde der Anschlag auf das NDK nicht der letzte bleiben. Bei dem Wurzen Netzwerk für Demokratische Kultur handelt es sich um ein alternatives Pro-

jekt, das durch seine Arbeit gegen Rassismus und Nazismus in der Vergangenheit immer wieder Ziel nazistischer Anschläge geworden war. Gegen diese Aktionen und die stillschweigende Duldung durch die Bevölkerung demonstrierten in der Nacht vom 7. zum 8. November sowie am darauffolgenden Montagabend knapp 200 Personen im Leipziger Süden. Die Sprecherin der beteiligten antifaschistischen Gruppen, Clara Kujat, betonte: „Wir wollen zeigen, dass wir die zunehmende Bedrohung durch militante Nazis nicht hinnehmen.“ Sie machte auf das die Naziaktivitäten tolerierende gesellschaftliche Umfeld aufmerksam.

Abrissbagger wüten in Borna-Gnandorf

Fünf Wohnblöcke schon „vom Markt genommen“

zahler allein für den Abriss dieser hier genannten Wohnungen 560 000 Euro, die „im Rahmen des Stadt- und Bauprogramms Ost“ von Land und Bund übernommen werden. Wie im Lokalteil Borna der Leipziger Volkszeitung zu entnehmen war, hat die Bornaer Wohn- und Siedlungsgesellschaft weitere Häuser auf der Abbruchliste. Man warte auf wei-

tere Fördermittel dafür, so heißt es, und auch darauf, wie Hartz IV sich auf die Wohnsituation auswirke. Indes kann man wohl seitens der Vermieter schon über künftige Mieterhöhungen nachdenken. Noch in diesem Jahr soll ferner die Mitte der 80er Jahre erbaute neue Schule in Gnandorf abgerissen werden.

• BRUNO SCHWEITZER



Das war ein Seniorenwohnheim

Foto: Schweitzer

LESER MEINEN

Wird Frieden unter Bush Fremdwort?

Der eigentlich erwartete politische Super-Gau ist eingetreten. Der erste Mann des „mächtigsten“ Landes der Erde, der sich bisher dadurch auszeichnete, dass er militärische Auseinandersetzungen inszenierte, andere Staaten und ihre Repräsentanten diffamierte und die Welt willkürlich in Gut und Böse einteilt, ist nun wieder durch das Votum einer Mehrheit der amerikanischen Wähler ans politische Ruder gelangt. Es bedarf keiner großen Phantasie, um schon jetzt zu wissen, wo das Schiff hinsteuert. Mit seiner aggressiven Außenpolitik hat Mister Bush bereits

in der Vergangenheit an Sympathie und Autorität bei der Weltgemeinschaft, außer bei seinen willfährigen Lakaien, eingebüßt. Die Welt darf sich offensichtlich in den nächsten Jahren auf einiges gefasst machen. Ein politischer Hasardeur wie Bush ist zu allem fähig und damit unberechenbar. Seine Politik ist Staatsterrorismus. Merkt denn die Bevölkerung der USA gar nicht, wie ihr Präsident systematisch die Welt auf einen Abgrund zusteuert? Warum, so fragt man sich, identifiziert sich ein so großer Teil der amerikanischen Wähler mit dem aggressiven

Kurs ihres Präsidenten? Die Ursache sehe ich in dem seit Generationen der amerikanischen Gesellschaft anerzogenen intoleranten Patriotismus und Nationalismus, der schon an Fanatismus grenzt. Kein Wunder, dass viele Amerikaner die USA als „Gottes eigenes Land“ betrachten und daraus ableitend an einen Führungsanspruch in der Welt glauben. Die Gefahr weiterer militärischer Auseinandersetzungen wird wachsen. Hoffentlich wird „Frieden“ unter dieser Ägide nicht eines Tages zum Fremdwort!

G. FLEISCHHAMMER

Von **SIEGFRIED SCHLEGEL**

In den Kulissen des Film-parks in Potsdam-Babelsberg fand am 30. und 31. Oktober die erste Tagung des 9. Parteitag der PDS statt. Der Tagungsort war eine Referenz an den PDS-Landesverband, hatten doch die Brandenburger am 19. September mit dem über- ragenden Landtagswahlergebnis der PDS das Vertrauen gegeben. Die Tagungsstätte Filmpark war zugleich Referenz an den lang- jährigen Rektor der benach- barten Filmhochschule Lothar Bisky, den alten und mit respek- tablen 90 Prozent wiederge- wählten Parteivorsitzenden.

Traditionsgemäß eröffnete Hans Modrow als Ehreuvorsitzender die Tagung. In einem von der Basis zu diskutierenden Exposé hatte er sich zum Zustand und den Herausforderungen für die PDS geäußert. Am Rande des Parteitags gab es eine kleinliche bis peinlich intolerante Diskus- sion darüber, ob denn der Ehren- vorsitzende das darf und damit einseitig Positionen festgeklopft würden. Kämpfe untereinander, die mancher jedoch mit dem poli- tischen Gegner scheut, sind in der PDS längst nicht überwunden. Dies merkte auch Lothar Bisky in seinem Referat an.

Aktuelle Auseinandersetzungen um den Vormarsch der Rechts- radikalen aufgreifend, verbat sich Bisky in ungewohnt schar- fen Worten eine Gleichsetzung von Neonazis mit der PDS. Dies sei eine Beleidigung für viele Parteimitglieder, darunter jene, die als Kämpfer gegen den Fas- chismus ihr Leben riskiert ha- ben und sich heute mit jüngeren aktiv der neofaschistischen Ge- fahr in Deutschland widerset- zen. Wichtig ist deshalb die beschlossene Resolution zum 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus.

Als stellvertretende Parteivor- sitzende wurden Katja Kipping und Wolfgang Methling wieder- und Dagmar Enkelmann neu gewählt. Das Wahlergebnis für den Bundesgeschäftsführer Rolf Kutzmutz zeugt vom großen Vertrauen, dass er in der Mit- gliedschaft hat und würdigt sei- nen unermüdlichen Fleiß. Er steht trotz finanzieller Zwänge dafür, die Arbeitsfähigkeit der ostdeutschen PDS-Landesver- bände zu erhalten und Spiel- räume für den Aufbau im Wes- ten zu bewahren. Gleiches trifft auf die Unterstützung und Ein- beziehung der IG, AG und Platt- formen zu. Mit der Wiederwahl wurden ebenso die Leistungen von Bundesschatzmeister Uwe Hobler für eine ausgeglichene und effiziente Verwaltung der Finanzen der PDS gewürdigt. Bei der Wahl der Mitglieder des neuen Parteivorstandes wurde offensichtlich, dass für viele Delegierte nicht so sehr die Zu- gehörigkeit zu einem Landesver-



Der alte und neue Parteivorsitzende Lothar Bisky inmitten seiner gewählten Vorstandsmitglieder Dagmar Enkelmann, Katja Kipping, Wolfgang Mehtling, Rolf Kutzmutz, Uwe Hobler, Katrin Kunert, Katina Schubert, Anja Stiedenroth, Elke Breitenbach, Sahra Wagenknecht, Antje Brose, Dorothee Mentzner, Ulla Lötzer, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke-Reymann, Bodo Ramelow, Harald Werner, Paul Schäfer und Torsten Koplin

Foto: Fie-

Vom 9. PDS-Parteitag:

Strategisches Dreieck

band oder einer Plattform, son- dern der persönliche Einsatz maßgebend gewesen ist. Zum Parteivorstand gehören nun ne- ben Sarah Wagenknecht und Bo- do Ramelow junge Genossinnen und Genossen, die sich bereits durch aktive Arbeit einen Namen gemacht haben, sowie gestandene Genossen aus westdeutschen Landesverbänden.

Potjomkinsche Dörfer und Tricks gehören zum Alltag eines Filmstudios wie Babelsberg, nicht aber zu dem einer Partei. Um den politischen Alltag mit und für Menschen zu gestalten, bedarf es des Engagements je- des Genossen und des Wirkens vor Ort.

Neben Wahlen stand vor allem ein Leit Antrag des Bundesvorstandes im Mittelpunkt der Konferenz. Widerstand und Protest, der An- spruch auf Mit- und Umgestal- tung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen bil- den für sozialistische Politik nach dem Verständnis der PDS ein unauflösbares Dreieck, wie dies mit dem Leit Antrag bei einigen

Änderungen und Ergänzungen beschlossen wurde. Als statische Figur bietet das Dreieck die größ- te Stabilität gegenüber anderen geometrischen Figuren und wird deshalb in Fachwerkkon- struktionen angewandt. Das heißt aber auch, dass auf *keine* Seite ver- zichtet werden kann.

Unbestritten gehörte die Rede von Gregor Gysi zu den Höhepunkten des Parteitages. Kaum einer hatte bemerkt, dass er 40 Minuten statt der geplanten Viertelstunde gesprochen hatte. Sein Credo: Die PDS hat dann eine Chance, wenn sie die Partei der deut- schen Einheit wird. So kommt manche Reaktion im Westen für ihn nicht überraschend, wurden doch die Westdeutschen um Chancen der Einbringung posi- tiver Erfahrungen aus der DDR in den Einigungsprozess gebracht. Transferleistungen werden falsch dargestellt. Es werden Bruttoleis- tungen unter Einschluss von Steuern, die der Bund kassiert, als Nettoleistungen ausgegeben, ebenso wie Leistungen für die Bundeswehr dem Osten, nicht

jedoch dem Westen angerechnet werden. Für Gysi gibt es nicht den Ost-WestKonflikt, sondern den zwischen oben und unten. Zugleich dürfe die PDS *Freiheit* und *soziale Sicherheit* nicht gegenüberstellen; sie müsse für beides einstehen.

Im Auftrag von LEIPZIGS NEUE befragte ich Delegier- te nach ihren Eindrücken vom Parteitag. Für **Bodo Rame- low** sind Herausforderungen nach dem Parteitag vor allem die Unterstützung der Landtags- wahl in Nordrhein-Westfalen sowie der Kampf um den Ein- zug in den Bundestag mit deut- lich über fünf Prozent.

Birgit Dilly, PDS-Stadträtin in Bad Dübren, freute sich: „Gregor ist wieder da.“ Für die Leipzi- gerin **Margitta Klug** hat der Parteitag dann ein wichtiges Ziel erreicht, wenn der Be- schluss zur Parteireform an der Basis diskutiert und umgesetzt wird. **Grete Bach**, seit vielen Jahren Mitglied des Parteiratess, meinte, dass für sie eine wichti- ge Erfahrung sei, dass neben gestandenen auch viele neue

Gesichter der PDS, bereits mit politischer Erfahrung, den Par- teitag aktiv mit gestalteten, selbst wenn sie noch jung sind. Beispiel dafür ist Julia Bonk, die ehemalige Landesschüler spre- cherin aus Sachsen.

Der Bundesparteitag wählte auch die Delegierten zum Par- teitag der neugegründeten Eu- ropäischen Linkspartei und be- schloss die Mitgliedschaft der PDS. Infolge ungenügender Ab- stimmung im PDS-Landesver- band Sachsen scheiterten Peter Porsch und Steffen Tippach bei der Delegiertenwahl.

Befremdlich stimmte ein – mehrheitlich abgelehnter – Än- derungsantrag von Elke Brück- ner, dass man die Mitglieder nicht zum Beitrag von 50 Cents im Monat für die Europäische Linkspartei zwingen könne. Dabei ist die internationale So- lidarität für KommunIstinnen und SozialistInnen doch ein wichtiges Anliegen.

In den Debatten wurden die fort- schrittlichen Inhalte der EU-Ver- fassung und deren Entstehung gewürdigt. Trotzdem kann und darf eine konsequente Friedens- partei keiner Verfassung ihre Zu- stimmung geben, die Aufrüs- tungszwang und die Unterord- nung unter die NATO und damit unter die USA ebenso wie eine hegemoniale und aggressive Au- ßenpolitik festschreibt. Deshalb lehnte eine große Mehrheit der Parteitagsdelegierten eine Zu- stimmung zur EU-Verfassung ab. Außerdem forderte die PDS, übrigens als erste Partei in der BRD, ein Referendum über die EU-Verfassung.

Zu den beschlossenen Anträgen gehören 12 Grundsätze, die von der bisherigen Statutenkommis- sion erarbeitet wurden und nach breiter Diskussion in der Partei- basis Grundlage für Änderungen des Statuts sein sollen.

In seinem Schlusswort resü- mierte Lothar Bisky, dass die Tage von Potsdam Mut gemacht haben. Inhaltlich und personell seien die Weichen für den Wie- dereinzug der PDS 2006 in den Bundestag in Fraktionsstärke gestellt. „Wir haben gestritten, dürfen uns aber nicht auseinander streiten“, gab er den Genossinnen und Genossen mit auf den Weg.

In einem Brief des „Geraer Dialogs/ Sozialistischer Dialog“ an die Dele- gierten des PDS-Parteitages heißt es:

(...) Die Interessen und der Wille derjenigen, die sich gegen das Diktat des grossen Kapitals auflehnen, verschaffen sich mühsam, aber deutlicher als bisher Gehör. (...) Der Leit Antrag des Parteivorstandes wird dieser Situation nach unserer Meinung nicht gerecht. Sein Ausgangspunkt – Deutschland befinde sich im Umbruch und niemand könne sich der Notwendigkeit eines Umbaus entziehen – ist falsch. Eine Analyse der gegenwärtigen Situation und Gangart des Kapitalismus wird nicht vorgenommen. Das im Leit Antrag entwickelte Konzept eines „strategischen Dreiecks“ – Druck von links, Zusammenarbeit mit den Gewerk- schaften und den sozialen Bewegungen, Übernahme von Regierungsverantwortung

– ist diffus und insgesamt untauglich für die Entwicklung einer zeitgemäßen Strategie progressiver Gesellschaftsveränderung.

(...) In der Losung „Veränderung beginnt mit Opposition“ sehen auch wir einen richtigen Ansatzpunkt für eine politische Strategie pro-

Gegenstandspunkt

gressiver Gesellschaftsveränderung von links. Dieser Ansatz muss weiterentwickelt werden zu einem Konzept der Schaffung von organisierter politischer und geistig-kul- tureller Gegenmacht. (...)

Dem forcierten Klassenkampf von oben muss der Kampf und die Macht der Ge- sellschaft von unten entgegengestellt wer- den. Nicht in illusionären Hoffnungen auf einen neuen Gesellschaftsvertrag oder die Einsicht der Regierenden in die Qualität

unserer politischen Reformprojekte sehen wir die wichtigste Voraussetzung für eine politische Wende. Wir sehen sie im Aus- bau und der Festigung einer Gegenmacht mit starken Gewerkschaften und einer kämpferischen sozialen und politischen Bewegung, in der auch die PDS ihren Platz finden muss.

Bloßer „Druck“ oder ein Bündnis mit den sozialen Bewegungen reicht nicht. Es geht bei der Strategie der Schaffung von Gegenmacht im Kern um die Überwindung der Krise des subjektiven Faktors, d. h. um die Überwindung der verbreiteten politi- schen Passivität der von der Lohn-drücke- rei und der Politik des Sozialraubs betrof- fenen abhängig Beschäftigten und Ar- beitslosen. Im praktisch-politischen Kampf gegen diese Politik und für alternative Kon- zepte muss ein grundlegend anderes Kräf- teverhältnis erreicht werden. (...)

Unter dem Titel „Fremde und Gleiche in der DDR-Schule“ fügt das Schulmuseum im Haus Goerdelerring 20, ganz in räumlicher und geistiger Nähe der „Runden Ecke“, mit einer von Omar Kamil und Nadja Treuter konzipierten Ausstellung einen weiteren Beitrag zur Abrechnung mit der DDR und ihrer Gesellschaft hinzu. Wie auf jeder Richtstatt geht es weder mit Samthandschuhen zu noch mit Toleranz, Objektivität und Verständnis für historische Zusammenhänge.

Erich Fromm philosophierte, der Mensch könne die Gleichheit aller Menschen spüren, „wenn er sich ganz und gar zu erkennen versucht und dabei merkt, daß er dem anderen gleicht und sich mit dem anderen identifiziert“. Ein Anspruch, zu dem sich die DDR besonders in ihrer Jugendpolitik bekannte. Nicht zuletzt die Weltfestspiele und deren Vorbereitung an der Basis des Jugendverbandes standen in solcher Denktradition unter dem Motto „Frieden, Freundschaft, internationale Solidarität“.

Schon die ABC-Zeitung, herausgegeben für Jungpioniere, deren Eltern und Erzieher, bekannte auf einer im Original ausgestellten Titelseite 1949: „Freundschaft halten mit anderen Völkern, das möchten auch wir, das wollen vor allem unsere Jungen Pioniere.“

Doch dem Anspruch und der Euphorie stehen mitunter andere Erfahrungen gegenüber. Der Afrikaner Frank Rahm erinnert sich an den Alltag: „... Rassen-diskriminierung gab es schon in der DDR.“ Räumt jedoch ein, es habe auch Leute gegeben, die Ausländern gegenüber herzlich waren. Nora Andrejewa allerdings meint: „Manchmal dachte ich, ich bin ein Ufo, ein Exot.“

Wie auf der Richtstatt ...

Schulmuseum in räumlicher und geistiger Nähe zur „Runden Ecke“

Susann Tittel beurteilt die DDR-Erziehungspolitik in Sachen Internationalismus: „... Spendenaktionen ..., wir sammeln für die armen Kinder in Vietnam ... Ansonsten weiß ich nicht. Es wurden uns politische Bilder eingepreßt, aber es wurden uns keine fremden Kulturen vermittelt.“

Die Schulpädagogik in der DDR, so dozieren die Ausstellungsmacher, „war nicht auf die freie Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit ausgerichtet. Preußische sozialistische Tugenden wie Disziplin, Ordnung, Fleiß, Pünktlichkeit und Staatstreue hatten Vorrang.“ Was auch Ausgrenzung bedeuten konnte, nicht nur für Ausländer, sondern „auch für Christen, gläubige Juden, Wehrdienstverweigerer und Linkshänder, für den, der aus der Reihe tanzt“, so die Aussteller auf der Eingangstafel. Wen wundert es also, wenn die früheren Pioniere und FDJler später, wenn auch meist nicht begeistert, diszipliniert und

stramm bei GST, Armee und Zivildienst im Gleichschritt mitmarschierten?

„Drill, Gleichschaltung wie bei den Nazis?“, zweifelte ein Besucher des Podiumsgesprächs zum Buch „Beim kleinen Trompeter habe ich immer geweint – Kindheit, Schule und Junge Pioniere in der DDR“, zu dem unlängst die Autorin Barbara Felsmann und die Friedrich-Ebert-Stiftung ins Schulmuseum eingeladen hatten. Autoritärer Erziehungsstil, der den Pädagogen unter Strafe der Versetzung aberlangt und den Kindern seit der Kinderkrippenzeit zugemutet worden sei, so der Vorwurf an die DDR-Schulbildungspolitik.

Barbara Felsmann, von Haus aus Lehrerin, räumt ein, die Kinder wollten Mitglied der Pionierorganisation werden, trotz der Ablehnung mancher Eltern. „Sie hätten sich sonst als Außenseiter gefühlt.“ Außerdem, ergänzte Elke Urban, Leiterin des Schulmuseums, konnten sich die Kinder in den Pionier-

nachmittagen mit eigenen Ideen einbringen, anders als im lehrplanbestimmten Unterricht.

Was die Ausstellung völlig vermissen lässt, sind die vielgestaltigen außerunterrichtlichen Möglichkeiten für die Kinder wie Arbeitsgemeinschaften, die Stationen Junger Techniker und Naturforscher, Sportgemeinschaften und nicht zuletzt die, freilich wenig genutzten, Anrechte für Theater und Oper. Wer sich selbst eine Meinung bilden will – die Ausstellung ist noch bis zum 15. Dezember, montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr geöffnet.

Eine Besuchergruppe schrieb ins Gästebuch: „Wir schätzen ein, dass die gezeigten Beispiele einzelne Biographien sind und nicht verallgemeinert werden können. Es wäre notwendig, eine ehrliche Diskussion über 40 Jahre DDR zu führen. Wir wurden jedenfalls zu einer Diskussion angeregt, und die Meinungen prallten aufeinander und so werden wir weiter diskutieren.“ • E. FRITZ



Schnappschuss vom VII. Pioniertreffen in Dresden 1982

Foto: Archiv



Umverteilen statt Auspielen

Die Lage muss bitterernst sein, wenn Wolfgang Engel, der für seine bedächtige und unaufgeregte Wortwahl in der Öffentlichkeit bekannt ist, mit Rücktritt droht. Die Sparmaßnahmen der Stadt stellen den Fortbestand der Neuen Szene in Frage.

Leider ist nicht nur diese Entwicklung die Konsequenz einer Politik der chronischen Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte. Die Einnahmeseite, die Umverteilung ist das Problem: Solange sich Banken, Versicherungen, Industriekonzerne und Mittelstand mit Unterstützung der Politik, sekundiert von der veröffentlichten Meinung, aus der Verantwortung für das Gemeinwohl stehlen und Regierungen Steuergeschenke verteilen, solange wird sich am Dilemma der Staats- und Kommunalfinanzen nichts ändern. Wenn dies – wie seit einiger Zeit in Leipzig zu verspüren – auf eine kulturpolitische Stimmung trifft, wo Musik gegen Theater und umgekehrt ausgespielt wird, sieht es wirklich düster aus. Wenn Leipzig die Neue Szene verliert, dann geht Potential für experimentelles Theater und die einzigartige Kammerspielatmosphäre verloren. Und nicht nur das: Wenn Wolfgang Engel aus Protest geht, verliert die Theaterstadt Leipzig seine überregionale, künstlerische Ausstrahlung und das Schauspiel seinen Schutzpatron. • D. M.

LN. Es habe bisher noch keinen Eklat gegeben mit der im sächsischen Landtag vertretenen NPD, war in der Presse zu erfahren. Wirklich nicht? Der Syrer Hassan Zeinel Abidine und Georges Gnimassoun aus Kamerun sind da anderer Meinung, denn das erste, was die rechtsextreme Partei nach ihrem Einzug ins Dresdner Rathaus forderte, war die Abschaffung des Ausländerbeirats. „Und wir beobachten“, so Hassan Zeinel Abidine, „dass Rechtsextreme in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil mit Flugblättern versuchen, deutsche Einwohner gegen Ausländer zu beeinflussen.“ An Hartz IV und Arbeitslosigkeit seien die Ausländer schuld, werde behauptet. Auch der Vorwurf der latenten Kriminalität stoße bei manchen Bürgern durchaus auf offene Ohren.

Mit diesen Bürgern könne man ja unter Umständen reden, aber nicht mit organisierten Nazis und Schlägern in Springerstiefeln, stellen Hassan und Georges klar. Sie sehen in der Arbeit eines Ausländerbeirates die Möglichkeit, die Belange

Ausländer sollen als Partner der Stadt angesehen werden

ausländischer Bürger öffentlich zu vertreten und sie in kommunale Entscheidungen einzubringen. „Wir haben nicht die finanziellen Möglichkeiten für große Flugblatt- und Plakataktionen“, räumen sie ein. Und: „Wir stehen noch ganz am Anfang“, vergleichen sie die bisherige Arbeit mit den Erfahrungen von Ausländerbeiräten etwa in Nordrhein-Westfalen oder in Dresden und Chemnitz. „Die Ausländerbeiräte in alten Bundesländern haben enorme Rechte zur Mitsprache, z. B. bei Weiterbildung, Berufsberatung, bei kommunalen Vorhaben und Betreuung alleinstehender Mütter.“ Einige Wochen ist es nun schon her, als sich in den Räumen der Gesellschaft für

Völkerverständigung eine Arbeitsgemeinschaft zur Bildung eines Leipziger Ausländerbeirates konstituierte. Rund 50 Interessenten aus den verschiedensten Berufen kamen auf Grund eines Aufrufs zusammen, der auch an alle Stadtratsfraktionen und an die Presse versandt wurde. Die von den Teilnehmern der Versammlung bestätigte Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus 13 Mitgliedern, wählte Hassan Zeinel Abidine zum Vorsitzenden und Georges Gnimassoun zu seinem Stellvertreter. Sieben Prozent Ausländeranteil an der Bevölkerung machen die Bildung einer Vertretung der Ausländer erforderlich, um die Integration zusammen mit der

Stadtverwaltung zu realisieren. „Wir wollen, dass die Ausländer selbst ihre Vertreter wählen, wollen uns selbst stärker als Bindeglied zur Kommunalpolitik und Stadtverwaltung einbringen, in sozialen Fragen Partner für die Stadt sein“, betont Hassan. Er erinnerte daran, dass vor etwa zwei Jahren ein erster Versuch, solch einen Beirat ins Leben zu rufen, scheiterte. Der damals von der PDS-Fraktion in diesem Sinn gestellte Antrag, den auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützte, fand keine Mehrheit. Er scheiterte allerdings auch am mangelnden Engagement von Ausländern selbst.

Optimistisch sehen Georges und Hassan in die Zukunft. Mit einer begonnenen Unterschriftensammlung zur Vorlage im Stadtrat will die Arbeitsgruppe ausländische und deutsche Stimmen für die Bildung eines Ausländerbeirates gewinnen. Geplant sind weitere Gespräche mit allen Stadtratsfraktionen und einzelnen Abgeordneten sowie die Teilnahme an Foren.

Laut Meyers Lexikon ist die Blockflöte eine Längsflöte aus Holz mit Schnabelmundstück und Grifflöchern, heute als Sopran-, Alt-, Tenor- und Bass-Blockflöte gebaut; im 16. und 17. Jahrhundert sehr beliebt, um 1750 von der Querflöte verdrängt; seit etwa 1920 Wiederbelebung, besonders für Haus- und Jagdmusik.



Hausmusik, nein danke, das nicht auch noch von dem Mann. Aber Jagdmusik, ja, das trifft's genau. Die beherrscht ein gewisser an der Leipziger Karl-Marx-Universität 1981 mit „sehr gut“ diplomierter Journalist namens Armin Görtz, seinerzeit auch Mitglied der NDPD, sozusagen spielend. Für DDR-Unkundige: Die NDPD, die National-Demokratische Partei Deutschlands, wurde am 25. Mai 1948 gegründet. Dieser Partei des Demokratischen Blocks der DDR gehörten „Handwerker, Einzelhändler, Unternehmer und Angehörige der Intelligenz sowie ehemalige Offiziere und Berufssoldaten der früheren imperialistischen Armee und ehemalige Mitglieder der früheren NSDAP an, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben und Demokraten und Patrioten geworden sind“ (jedenfalls laut Kleinem Kulturpolitischen Wörterbuch von 1967) – und mitunter auch Leute wie Görtz, die statt in der SED lieber bei einer anderen Blockpartei Karriere machen wollten.



Gibt man den Namen Armin Görtz in eine Internetsuchmaschine wie Google ein, spuckt sie reihenweise Beiträge über einen Fußballer aus, dessen Karriereende mit Fragezeichen versehen ist. Aber er klickte irgendwann bei Hertha BSC und auch beim 1. FC Köln, das macht ihn wichtig. Auch über Görtz-Schuhe kann man nachlesen. Unser Armin Görtz, heute in Lohn und Brot bei der Leipziger Volkszeitung und immer wieder als Stasi-Jäger auffallend, braucht, um ihn im Internet zu finden, schon den Zusatz LVZ. Und auch dann ist die Ausbeute dünn. Ein Beitrag ist inzwischen sogar gesperrt, jener ganz besonders unsäglich dumme über die diesjährige Friedensnobelpreisvergabe an die afrikanische Umweltschützerin und Frauenrechtlerin Wangari Maathai (siehe Faksimile). Jederzeit frei zugänglich sind natürlich Schmähschriften gegen Peter Porsch oder auch die sensationslüsternen Bunkerbesuche, gruselige Wendeerinnerungen und noch gruseligere DDR-Geschichten. Görtz, heute der LVZ-Mann fürs Grobe, war seinerzeit in der DDR sogar eine Universitätskarriere vorgezeichnet, jedenfalls war geplant, dass er Forschungsstudent

Das Halali einer Blockflöte

... und eine bemitleidenswerte Wende vom Opportunistenjäger zum Marxistenjäger. Dabei war Armin Görtz' Diplomarbeit aus dem Jahr 1981 wie überhaupt sein Standpunkt so schön parteilich.

Warum wir einem Wendehals soviel Platz opfern? Um ein für allemal empörte Fragen unserer Leser nach diesem Schreiberling zu beantworten.

wird und promoviert. Seine Lehrkräfte sahen in ihm wohl einen perfekten Verbündeten, einen treuen Blockfreund eben. Aber da war seine Partei vor, die wollte ihn, wie überliefert ist, sofort als Leiter ihrer Agitationsabteilung haben. Sei es, wie es sei. Görtz' – frei gewähltes – Diplomarbeitsthema über „Die Entwicklung des Vereins Arbeiterpresse in der Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Opportunisten, untersucht anhand der Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse (1909 bis 1914)“ entlarvte ihn als perfekten und fürderhin auch für nationaldemokratische Parteizwecke nützlichen Agitator und Propagandisten. Wie sonst, also wie ohne solche strammen Parteisoldaten hätte man den landauf, landab laut gemunkelten Lobpreisungen, die Blockflöten seien genössischer als die SED-Genossen selbst, gerecht werden



Görtz'sches Stupid-Strickmuster
LVZ vom 9./10. Okt. 2004

können.

Klassenkämpferisch erkannte unser künftiger Journalist schon in seiner Diplomarbeit schon in seiner Diplomarbeit: „Um seine Macht zu verlängern, vervollkommnete der Imperialismus alle Machtmittel des Kapitalismus. Zu verhindern, daß auch die subjektiven Voraussetzungen für seinen Untergang schnell heranreifen, wurde für ihn zur Existenzfrage. So versuchte er, breite Volksmassen ideologisch auf seine Seite zu ziehen, mit seiner Weltanschauung stärker in die Arbeiterbewegung einzudringen.“ – Was damals zu Beginn des 20. Jahrhunderts womöglich misslungen wäre, hätte der junge Mann nur schon gelebt. So blieb ihm dann zu seiner Zeit nur, unentwegt der sträflich vernachlässigten allerersten Verbindung von marxistischer Partei und ihrer Presse das Wort zu reden – und der „Notwendigkeit einer marxistischen Journalistenorganisation“ ein ganzes Kapitel zu widmen. Worin er der damals noch einzigen proletarisch-revolutionären Partei, der SPD, bestätigte, dass sie es nicht dem Glück überlassen dürfe, ob sich ein Nachwuchs für ihre Presse ausbildet oder nicht. Nein, sie müsse das planmäßig selbst in die Hand nehmen.

Gewiss ein schönes Gefühl für den Eleven, selber planmäßig marxistisch geschult worden zu sein: „Hinzu kam natürlich, daß die Auswahl der Kader mit größter Sorgfalt und unter den bewußtesten Kräften der Partei vorgenommen werden mußte, daß man Opportunisten aus den Redaktion beseitigen mußte.“

Schau einer in die Menschen. Andererseits, was würden dem Überläufer heute solche mit dem Marxismus sympathisierenden Wesenszüge nützen? Er müsste glatt „beseitigt“ werden.

Apropos nützen: Der Verein, über den Junggörtz forschte, war eine Berufsorganisation und kümmerte sich deshalb auch ums tägliche Brot, also um einen gerechten Lohn. Allerdings: „Eine Verbesserung der Lebenslage für die Partei- und Gewerkschaftsangestellten ohne entsprechende politisch-ideologische Erzie-

hung mußte zur Ausbreitung des Opportunismus beitragen.“

Wie konnte der Opportunistenentlarver Görtz bei soviel guter Bildung selber zum Opportunisten mutieren? Lassen wir ihn antworten: „Das persönliche materielle Interesse ... an der Beseitigung des Kapitalismus ging zurück.“ Zumal ja nicht der Mensch an sich, sondern die Partei auch ein gehörig Maß Schuld auf sich geladen hatte: Denn dass sie den Presseverein nicht zur Propagierung des Marxismus nutzte, „kann als einer der vielen Beweise dafür genommen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr auf der Höhe ihrer Aufgaben stand“.

Nun gut, das ist inzwischen zeitlos gültig. Und es entstand ja bald die KPD. Aber nicht nur die SPD bekam ihr Fett weg, auch zahlreiche ihrer Journalisten entlarvte der Opportunistenjäger. Julian Borchardt beispielsweise bestätigt er zwar revolutionäre Standpunkte, aber dennoch sei seine Haltung von Zentristen beeinflusst, da er „behauptete, eine Zeitung würde erst interessant, wenn verschiedene Verfasser mit verschiedenen Auffassungen zu Wort kommen“. Igittegit.



Auch zum berühmten Marx-Wort „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein“ fiel dem Studiosos Bekräftigendes und bis heute Gültiges ein. Ob er bei seinem Chefredakteur dieserhalb schon interveniert hat?

Eigentlich müsste er bei dem seit 15 Jahren dauernd auf der Matte stehen, hatte A. G. doch das von ihm durchforschte Mitteilungsblatt einst geharnischt kritisiert: „Man ließ Rechte und Linke zu Wort kommen, schützte sich damit vor dem Vorwurf der Parteinahme für den Opportunismus und propagierte damit verbrämte bürgerliche Ideologie. Die marxistischen Auffassungen wurden mit den opportunistischen Ideen als gleichwertig behandelt und damit diskreditiert.“ Das gehört sich wirklich nicht.

Ohne Drumherum und mit ehrlicher Anerkennung: Armin Görtz hat sich sein „sehr gut“ – damals – redlich verdient.

Aber heute? Ein guter Freund brachte Görtzens Wandlung kürzlich auf den Punkt: Solche Leute beanspruchen, dass man seine Ansichten aufgrund von Erfahrung- und Wissenszuwachs ändern kann. Anderen jedoch gestehen sie genau das nicht zu.

Und noch etwas Psychologisches: Abtrünnige hassen sich für frühere Ansichten und laden den Hass auf die ab, die nicht abtrünnig geworden sind.

MAXI WARTELSTEINER,
die ihr Diplom nur mit „gut“ ablegte, aber planmäßig promovierte und frühere Einsichten immer noch liebt

Einst schmetterte er „Keiner ist zu klein / Ein Helfer der kämpfenden Freunde zu sein“. Längst sagte er sich von diesem so düsteren und verinnerlichten Jung-Pionier-Dogma los. Zuletzt aus Anlass des Erscheinens seiner Autobiografie „Geboren am 13. August. Der Sozialismus und ich“ (Rowohlt 2004, 17,90 Euro) in einem Interview der LVZ am 4. November 2004:

1. „Keiner kann mehr willkürlich verhaftet werden.“

Hat Jens Bisky nie eine genehmigte Antifa-Demo mitgemacht, aus der friedfertige 16/17-Jährige willkürlich rausgeschleift, zu Boden geworfen und 24 Stunden in Haft genommen werden?

2. „Man kann sich an eine unabhängige Justiz wenden.“

Hätte ich die nötige Knete, würde ich Herrn Hartz wegen Verfassungsbruch und seiner rigiden Personalpolitik bei VW verklagen. Und mir einen guten Rechtsanwalt leisten.

3. „Es gibt eine freie Presse.“

Ja, wenn man genug auf dem Konto hat, einen Verlag zu gründen und Presseerzeugnisse herauszugeben. Was die Journalisten und anderwei-

gen Mitarbeiter zu tun und zu lassen haben, bleibt meinem freien Ermessensspielraum als Herausgeber und Boss überlassen.

4. „Wir können montags und auch dienstags demonstrieren.“

Na, das ist doch eine affengeile Errungenschaft aller demokratischen Kräfte! Wandertage wie bei den Jungen Pionieren. Ich habe noch nicht die Kilometerzahlen verglichen, die ich auf Demos um den Leipziger

Ring einerseits und andererseits zur Agentur für Arbeit verschlenderte. Wie forderte doch Herr Rogowski, seines Zeichens Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)? Mit der Kürzung des Arbeitslosengeldes II um 20 bis 25 Prozent sollte Hartz IV verschärft werden. „Sollen die doch auf die Straße gehen“, trompetete es zynisch aus dem Unternehmerlager.

• EKKEHARD FRITZ

Bewusster Selbstbetrug

Irrtümer und Scheinheiligkeiten des Herrn Jens Bisky



Die Koalition – wie stabil?

Der Klügere gibt nach, sagte der Fuchs, als ihm der Jäger das Fell über die Ohren zog. Wenn man nach den Koalitionsverhandlungen beseht, was übrig geblieben ist von der bislang zuweilen recht forschen SPD-Opposition im sächsischen Landtag, kann man etwa ermessen, wie es mit Regierung und Parlament weitergeht. Dafür, dass er die stark geschwächte CDU stützt, erhielt der kleine Partner eher bescheidene Zugeständnisse: neben zwei Ministerposten einige ziemlich verwaschene Absichtserklärungen für die Politik der nächsten fünf Jahren.

Die Verhandlungen mögen ja hart gewesen sein, aber mit weniger als 10 Prozent Wählerstimmen musste Jurks Partei wissen, dass das Kreißen des Berges nur ein Mäuslein hervorbringen konnte. In der Tat zeigen die ersten Abstimmungen im Parlament, dass sie in grundsätzlichen Fragen eher zur Unterwerfung unter die CDU- und NPD-Linie geneigt ist, als sich zu widersetzen. Wie lange wohl wird die SPD den unvermeidlichen Balanceakt durchstehen können? Gewiss um so länger, je mehr sie progressive Positionen aufgibt. Milbradt gab sich überzeugt, die Koalition werde fünf Jahre halten. Es fragt sich, was sich die SPD leisten kann, ohne weiter abzurutschen • G. L.

Wahlversprechen schon gebrochen

CDU Sachsen musste der SPD nur bescheidene Zugeständnisse machen

LN. Gemessen am Selbstbewusstsein der sächsischen SPD, sind die Konzessionen der CDU an den Partner eher spärlich zu nennen. Wer mehr erhofft hatte, ist enttäuscht, so auch die Grünen. Das Bekenntnis zu **Welt-offenheit** wertet Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau als ein Ernstnehmen rechtsradikaler Bedrohung, doch weitere Fortschritte gegenüber der CDU-Alleinherrschaft sieht sie kaum. Auch PDS-Fraktionsvorsitzender Prof. Peter Porsch begrüßte die Erklärung für Welt-offenheit und Toleranz und die Aussage, Deutschland sei ein Einwanderungsland. Wie jedoch das „Abwanderungsland Sachsen“ attraktiver werden soll, dazu bleibe der Koalitionsvertrag konkrete Antworten weitgehend schuldig.

Nach Meinung Porsch wurde die Chance der Weichenstellung für eine **Bildungspolitik** ohne soziale Auslese vertan. Damit habe die SPD ihr wichtigstes Wahlversprechen schon vor der Wahl der Regierung gebrochen. Es bleibe beim alten Schulge-

setz und der verführten Trennung der Kinder, acht Jahre gemeinsame Schule werde es für die meisten nicht geben, obwohl die Mehrheit der Menschen in Sachsen das so will. Nur wohlklingende, aber unverbindliche Aussagen und Allgemeinplätze gebe es zur Abschaffung der überflüssigen **Regierungspräsidenten** – auch ein SPD-Wahlversprechen – sowie zur Wirtschafts- und Kulturpolitik. Im Bereich **Arbeit** wird gar ein uneingeschränktes Bekenntnis zu Hartz IV abgelegt.

Antje Hermenau sieht auf vielen Politikfeldern bestenfalls Stückwerk, aber keine wirklichen Ansätze für Veränderungen. Zur konzipierten **Umweltpolitik** äußerte sie, der Braunkohlenlobbyismus werde fortgeführt, damit sei kein Technologieschub bei den erneuerbaren Energien machbar. Auch beim Klimaschutz fehle jegliche Zielvereinbarung. Die Verkehrspolitik sei nach wie vor einseitig auf den Straßenbau ausgerichtet.

Durchsetzen konnte die SPD

eine höhere **Neuverschuldung**, als sie die CDU anstrebte. Erst im Jahr 2009 sollen keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden. Das wollte die CDU-Alleinregierung schon ab 2007. Die Koalition wird im folgenden Jahr neue Kredite über 350 Millionen Euro und 2006 über 250 Millionen aufnehmen.

Keinen Fortschritt wird es bei der **Demokratieentwicklung** geben: keine niedrigeren Hürden für die Volksgesetzgebung, kein Informationsfreiheitsgesetz gegen die Korruption.

Die Verhandlungspartner vereinbarten, dass die SPD die Minister für Wirtschaft und Arbeit sowie für Wissenschaft stellt. Laut Milbradt sei das Kultusministerium für die CDU unverzichtbar gewesen. Dem Unmut einiger Delegierter des CDU-Parteitag über die Abgabe des Wirtschaftsministeriums entgegnete er, dass bisher noch kein SPD-Wirtschaftsminister bleibenden Eindruck hinterlassen habe, sagte aber der Koalition eine stabile Zukunft bis 2009 voraus.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Oktober

Trüber Herbst, trübe Aussichten

Im Bereich der Arbeitsagentur Leipzig wie in ganz Sachsen ist die Anzahl der Arbeitslosen im Oktober jahreszeitlich bedingt gesunken, aber im Vergleich zum Oktober 2003 gestiegen: im Raum Leipzig um 242 auf 69 878, in Sachsen um mehr als 4000 auf 374 478. Und das trotz 1-Euro-Jobs – in Sachsen rund 5700 – und einer wieder zunehmenden Anzahl von Ich-AGs. Zuwachs im Oktober: 1200 bei insgesamt 14 000 bestehenden. Agenturchef Dr. Meyer wollte sich für Leipzig nicht konkret zu der Prognose von Experten äußern, die einen Anstieg auf fünf Millionen Arbeitslose im kommenden Winter sieht, sprach aber von Ungewissheiten im Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II im Januar.

Inzwischen hat sich der Eingang der Anträge für das ALG II deutlich erhöht, aber immerhin waren am 2. November in Leipzig erst zwei Drittel der Anträge eingereicht. • G. L.

Wohlstand hängt nicht vom Militär ab

CDU doppelzünftig / PDS für Wirtschaftsförderung an Bundeswehrstandorten

LN. Mit hektischen Bemühungen zum Erhalt der sächsischen Bundeswehrstandorte gebärden sich Milbradt und die CDU in den vergangenen Wochen so, als hänge das Wohl und Wehe Sachsens davon ab. In der Tat setzten SPD und CDU bereits seit vier Jahren – darauf weist die PDS Sachsen hin – auf die weltweite Einsatzfähigkeit der Bundeswehr anstelle der traditionellen Landesverteidigung, woraus sich die Schließung von

Standorten als Konsequenz ergibt. Bereits 2001, als derartige Pläne kursierten, hat die sächsische PDS von der Regierung eine alternative Konzeption für wirtschafts- und sozialverträgliche Lösungen gefordert. Bundes- und Landesregierung haben es nach ihrer Meinung versäumt, eine solche alternative Konzeption für die Zukunft der strukturschwachen Regionen mit Bundeswehrstandorten zu entwickeln. Wer wirtschaftlichen

Wohlstand von Militär abhängig macht, begeben sich in höchste Unsicherheit, „weil Armeen ihre Strategie nicht an den Erfordernissen regionaler Entwicklung ausrichten“. Fraktionsvorsitzender Porsch forderte deshalb die verantwortlichen Politiker von SPD und CDU in Bund und Land auf, ihre doppelzünigige Politik für Bundeswehrreform und Standorterhalt aufzugeben und stattdessen den betroffenen Regio-

nen in Sachsen zivile Perspektiven zu geben.

Die in Bundeswehrstandorte fließenden Steuergelder sollten gezielt in regionale Wirtschaftsförderung gesteckt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Vom Bund fordert die PDS, die vorhandene hochmoderne Infrastruktur in öffentlich-rechtliches Stiftungskapital zu überführen und damit die Grundlage für die Neuansiedlung von Technologie- und Forschungseinrichtungen zu schaffen. Statt der phantasielosen Schließung sollten die Standorte als Technologieparks erschlossen werden.

26. Oktober

Dresden/Pirna. Das Teilstück Dresden-Süd-Prohlis der nach Prag führenden A19 wird für den Verkehr freigegeben.

27. Oktober

Dresden. Das Verwaltungsgericht Dresden hebt die Suspendierung des Leiters der Landespolizeischule, Gerd Gey, auf, da für eine wahrscheinliche Verurteilung wegen Untreue gegenwärtig kein Beweismaterial vorliege.

29. Oktober

Dresden. Wie aus dem Innenministerium verlautet, stehen in Sachsen gegenwärtig 420 000 Wohnungen leer. Besonders betroffen sind die Städte Hoyerswerda und Weißwasser.

1. November

Delitzsch. Dem Landkreis droht ein Defizit im Haushalt 2005 in Höhe von sechs Millionen Euro durch die Kostenbeteiligung am Arbeitslosengeld II.

2. November

Dresden. Die parteilose PDS-Kandidatin Barbara Lässig ficht die sächsische Landtagswahl an. Ihrer Auffassung nach be-

SACHSEN-CHRONIK

26. Oktober bis 8. November

hinderte der Landesvorstand durch ein undemokratisches Verfahren der Kandidatenaufstellung mehrere Kandidaten bei ihrer Nominierung für die Landesliste.

Dresden. SPD und CDU beenden ihre Koalitionsverhandlungen über eine neue sächsische Regierung mit den Entscheidungen über die Personalfragen.

Dresden. Das Wissenschaftsministerium lehnt die angestrebte gütliche Einigung mit Prof. Dr. Peter Porsch nach dessen Entlassung als Hochschullehrer der Universität Leipzig wegen angeblicher Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheit ab.

3. November

Berlin. Minister Struck gibt seine Entscheidungen zur Schließung von Bundeswehrstandorten bekannt. In Sachsen bleiben von 9200 Soldaten und Zivilan-

gestellten noch 4700. Aufgelöst werden die Standorte Schneeberg, Chemnitz, Bautzen, Plauen, Görlitz, Porsdorf, Torgau und Werdau, stark reduziert wird in Zeithain, weiterhin in Dresden, Marienberg und Mockrehna. In Leipzig wird das Bundeswehrkrankenhaus bis 2007 geschlossen und das Fernmeldebataillon wird nach Frankenberg verlegt.

Dresden. Im Rahmen ihres Deutschlandbesuches lädt die britische Königin Elizabeth II. in Berlin zu einem Konzert ein, dessen Erlös dem Innenausbau der Frauenkirche dienen soll.

Delitzsch. Als erster CDU-Kreisverband fordert die Delitzscher Union, zur Bundestagswahl 2006 Angela Merkel als Kanzlerkandidatin zu nominieren.

Dresden. Die Staatsanwaltschaft stellt

die Untersuchungen gegen Landespolizeipräsident Pilz wegen Korruptionsanschuldigungen ein; sie seien unbegründet.

5. November

Dresden. Entgegen dem Koalitionsvertrag, der Zugangskriterien für Kindereinrichtungen ablehnt, und im Unterschied zu den SPD-Vertretern Jurk und Hatzsch stimmt CDU-Fraktionschef Hähle im Landtagspräsidium gegen einen PDS-Antrag zur Behandlung eines Gesetzes, das solche Kriterien ausschließt.

6. November

Dresden. Die Polizeigewerkschaft kritisiert den Koalitionsvertrag von CDU und SPD, weil hier Festlegungen zur Aufstockung der Polizeistärke fehlen, die die SPD vor der Landtagswahl verlangt hat.

8. November

Dresden. Georg Milbradt und Thomas Jurk unterzeichnen den Vertrag über die Bildung einer Koalitionsregierung von CDU und SPD, nachdem zwei Tage zuvor die Landesparteitage beider Parteien mit großer Mehrheit die Verhandlungsergebnisse bestätigt haben.

Von VOLKER KÜLOW

Von der KPD-Zentrale an die Wall-Street

Am 13. November 2004 begeht Günter Reimann seinen 100. Geburtstag

Wenn an diesem Samstag zahlreiche Familienangehörige und Freunde des New Yorker Finanzexperten Günter Reimann das bekannte „He is a jolly good fellow“ intonieren, kann der Jubilar anlässlich seines 100. Geburtstages auf ein in fast jeder Hinsicht ungewöhnliches Leben zurückblicken. Diese Auffassung teilen inzwischen auch offizielle staatliche Stellen, wurde doch dem kommunistischen Dissidenten und unorthodoxen Marxisten in dessen eigenen vier Wänden vor einigen Monaten im Auftrag des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau für seine „imponierende Lebensleistung“ der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Unter den vielen Glückwünschen aus aller Welt werden am 13. November die Gratulationen aus der Messestadt nicht fehlen. Als Nestor und großzügiger Förderer der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt der Finanzexperte und brillante Kritiker der Globalisierung seit der Wende über enge persönliche Kontakte zu Leipzig; seine in vieler Hinsicht erstaunliche Biografie verdient daher gerade in unserer Stadt eine noch größere öffentliche Resonanz.

Geboren als Hans Steinecke am 13. November 1904 in Angermünde, trat der Sohn aus jüdisch-bürgerlichem Elternhaus unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg der radikalen Jugendbewegung bei. Im Jahre 1923 wurde der angehende Akademiker unter seinem neuen Pseudonym Günter Reimann Mitglied der KPD. Bereits während des Studiums der Betriebs- und Volkswirtschaft in Berlin geriet der angehende Journalist jedoch in Konflikt mit der offiziellen, sich immer enger an Moskau orientierenden Parteibürokratie. Als Wirtschaftsredakteur der *Roten Fahne* entfaltete er nicht nur frühzeitig seine große analytische Begabung, sondern stellte sie von 1925 bis 1930 bewusst in den Dienst jener Kräfte innerhalb des deutschen Kommunismus, die unter Berufung auf Rosa Luxemburg den Marxschen Theorietyp auf das 20. Jahrhundert anwandten und sich jeder Einmischung von außen zu widersetzen suchten.

Nachdem Reimann seinen Posten für Jürgen Kuczynski frei geräumt hatte, führten ihn ausgedehnte Studienreisen in die Sowjetunion. Durch eigene Anschauung und vielfältige Begegnungen mit sowjetischen Ökonomen und zu dieser Zeit bereits kalt gestellten deutschen Kommunisten (Max Hoelz, Karl Radek usw.) festigte sich bei Reimann die schmerzliche Einsicht, dass der Staatssozialismus Stalinscher Prägung mit seinem Versuch der nachholenden Industrialisierung westlichen Typs in die Sackgasse führen werde. In einer eigentümlichen Mischung von Erinnerungen und historisch-ökonomisch-philosophischen Reflexionen hat Reimann seine damalige Berliner und Moskauer Zeit sechs Jahrzehnte später zusammengefasst (Berlin-Moskau 1932. Das Jahr der Entscheidung. Hamburg 1993).

Seit dem 30. Januar 1933 im Widerstand gegen die Nazidiktatur, zwangen ihn Herkunft und Bekanntheit in die Emigration, in der er sich von der KPD politisch und ideologisch schrittweise löste. Zunächst überquerte er zu Fuss illegal die deutsch-

tschechische Grenze. Von Prag aus führte ihn sein Weg weiter nach Wien und Paris. Nach weiteren Fluchtstationen in Frankreich und Großbritannien ließ er sich im Sommer 1937 in Amsterdam nieder, wo er unter dem Titel „The Vampire Economy. Doing Business Under Fascism“ seine erste ökonomische Analyse des NS-Wirtschaftssystems verfasste. Im Herbst 1938 gelangte Reimann per Schiff in die USA. Auch mit seinen folgenden, nunmehr im amerikanischen Exil geschriebenen Büchern, versuchte er einem breiten bürgerlichen Publikum die Funktionsmechanismen und anfänglichen wirtschaftspolitischen Erfolge der Hitlerdiktatur zu erklären.

Nach dem Zweiten Weltkrieg half Reimann nicht nur vielen Deutschen mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung, sondern trug in Washington gemeinsam mit dem Pastor Albion Beverage dazu bei, dass der „Trading with the Enemy Act“ aufgehoben wurde. Damit standen den legendären Care-Paketen keine juristischen Hürden mehr im Wege. Großzügige individuelle Hilfe erfuhr auch der alte Mitstreiter Herbert Wehner. Der Briefwechsel zwi-

schen den beiden ehemaligen Weggefährten, der erst 1997 in Reimanns Privatarchiv entdeckt und ein Jahr später veröffentlicht wurde, wirft insbesondere auf Wehners Leben ein neues Licht, seine Gedanken und Hoffnungen während der schweren Jahre im schwedischen Exil bzw. noch davor in der Sowjetunion. Im Unterschied zu Wehners immer stärker hervortretenden „nachgeborenen Kritikern“ betont Reimann bis zum heutigen Tage, dass dieser sich in den Moskauer Verhören „klug verhalten“ habe. Wehner habe damals eine „Gratwanderung“ gewagt und einen Weg gefunden, „der die Geheimdienstleute scheinbar zufrieden stellte, ohne ihn zu einem Handlanger ihres blutigen Geschäfts werden zu lassen“.

Die materielle Basis für Reimanns großzügige Unterstützungsleistungen bildete die Umsetzung einer genialischen Idee. Vor dem Hintergrund des nach dem Zweiten Weltkrieges zusammengebrochenen Informationssystems des Weltkapitalismus gründet er 1947 in New York gemeinsam mit unabhängig denkenden Finanzspezialisten eine in mehr als 50 Ländern tätige Agentur, die „International Reports on Finance and Curren-

cies“. In diesen wöchentlich erscheinenden Heften, die er bis 1983 als Herausgeber und Chefredakteur betreute, versorgte er Unternehmer, Banker und Finanzpolitiker mit gesicherten statistischen Informationen über die Finanzmärkte. Im Kontakt mit führenden Währungs- und Finanzexperten in aller Welt sammelte der marxistische Ökonom einmalige Kenntnisse über die inneren Zusammenhänge zwischen Geld, Währungen und dem Reproduktionsprozess des Kapitals. Sein Analyseinstrumentarium verstand Reimann dabei stets systemübergreifend: Mitte der 60er Jahre verfasste er nach einer großen Reise durch Osteuropa, die ihn allerdings aus politischen Gründen nicht in die DDR führte, die kritische Reportage „Der Rote Profit. Preise, Märkte, Kredite im Osten“. Reimann spürte die zaghaften, später wieder abgebrochenen Versuche in den sozialistischen Ländern, die Wirtschaft zu modernisieren und zeitgemäße Regulierungsmechanismen zu entwickeln: „Im Osten weht der Westwind: Profit, Gewinn- und Verlustbilanzen, Bankkredite und bankmäßige Investitionsfinanzierungen, Markttests und Marktpreise, Löhne und Gehälter, welche in direkter Beziehung zu den Profiten oder der Rentabilität der einzelnen Unternehmen stehen. Man ist dabei, ein Finanz- und Banksystem im westlichen Sinne zu schaffen ... Diese Doppelexistenz kann nicht geplant werden. Sie unterliegt einer dynamischen Gestaltung von Kräften ... mit Entwicklungen, die stets überraschend auch für die Machthaber sind.“

Diese Prognose aus dem Jahre 1968 erfüllte sich spätestens mit dem Epochenbruch 1989/90. Kurz nach dem Fall der Mauer flog Reimann zum ersten Mal nach 60 Jahren wieder nach Ostdeutschland und knüpfte in Berlin, besonders aber in Leipzig Kontakte zu marxistischen Wissenschaftlern, die sich zunehmend ins akademische Abseits gedrängt sahen.

Der mittlerweile fast 90jährige Reimann zog 1993 in seinem bei Kiepenheuer erschienenen Buch „Die Ohnmacht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise“ ein Resümee seiner jahrzehntelangen Studien in beiden Welten und stellte ein Reihe kritischer Fragen: An welchen Krankheiten leidet der westliche Kapitalismus? Kann das Wachsen der Bürokratien noch aufgehalten werden? Entstehen im gegenwärtigen Krisenchaos neue Chancen für eine alternative gesellschaftliche Ordnung? Am Ende seiner Untersuchung gelangte der Autor zu der keineswegs resignativ zu verstehenden, zunehmend sogar an Aktualität gewinnenden Schlussfolgerung: „Wer glaubt, dass im Osten der Kapitalismus gesiegt hat, ist naiv... Der Westen ist selber krank und leidet an den Krankheiten, an denen der Osten gestorben ist.“

Auch nach dieser fulminanten Publikation meldete sich Reimann immer wieder in der Öffentlichkeit zu Wort. Inzwischen wurde sein ungewöhnliches Leben auch selbst zunehmend Gegenstand des publizistischen und wissenschaftlichen Interesses. Im Jahre 1997 entstand das einfühlsame Film-Porträt „Ein Yankee aus der Uckermark“ von Dirk Külow und im unlängst erschienenen „Biografischen Handbuch der Deutschen Kommunisten 1918 bis 1945“ nimmt der Eintrag des letzten lebenden KPD-Prominenten der 20er/30er Jahre unter den mehr als 1200 Biografien einen angemessenen Platz ein.



Von **LUDWIG BAUMANN**

Auf Hitlers Weisung „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“ wurden über 30 000 Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt. Gegen mehrere 10 000 wurden Zuchthausstrafen verhängt. Über 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt. Überlebt haben das Grauen in den KZ und Strafbataillonen keine 4000 von uns. Heute sind wir vielleicht noch 30.

Nach der Befreiung waren die meisten von uns Überlebenden körperlich und seelisch zerbrochen, und doch hofften wir auf eine bessere Zukunft. Wir wurden aber weiterhin nur als Feiglinge und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht. Erst Anfang der 80er Jahre bekamen wir in der Friedensbewegung unsere ersten Verbündeten. Der Kampf um unsere öffentliche Anerkennung und Rehabilitierung begann (im Westen) Mitte der 80er Jahre mit dem Aufstellen von Denkmälern für Deserteure, die in vielen Städten heftige Diskussionen hervorriefen. Im Oktober 1990 konnten wir endlich unsere Bundesvereinigung gründen. Wir, das waren 37 alte Menschen, fast alle gebrechlich – kaum einer hatte Anschluss an die Gesellschaft gefunden. Seitdem kämpfen wir für unsere Rehabilitierung, für die Aufhebung unserer Verurteilungen – für unsere späte Würde.

Immer wieder sind wir in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum des Bundestages gescheitert, bis der Bundestag endlich am 15. Mai 1997 in einem Beschluss zu unserer Rehabilitierung erklärte: „Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“ Das war ein geschichtlicher Durchbruch. Ansonsten war der Beschluss unbefriedigend, denn er erklärte unsere Urteile nur dann für Unrecht, wenn die damaligen Handlungen heute kein Unrecht sind. Desertion wird aber auch heute bestraft. Auch die am 28. Mai 1998 vom Bundestag beschlossene gesetzliche Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile war für uns Deserteure nicht befriedigend, denn obwohl die meisten aller Todesurteile der gesamten NS-Justiz gegen uns gefällt wurden, sind unsere Verurteilungen – anders als Millionen andere NS-Unrechtsurteile – nicht explizit aufgehoben worden. Nach einem Leben in Demütigung – besonders auch durch bundesdeutsche Gerichte – sollten wir uns nun zur Aufhebung unserer Urteile einer staatsanwaltschaftlichen Einzelprüfung unterziehen. Diese Entwürdigung taten wir uns nicht mehr an.

Deutschland im Krieg, da war Rehabilitierung kein Thema mehr

Am 20. Oktober 1998 beschloss die neue rotgrüne Bundesregierung in einer Koalitionsvereinbarung, die Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure umgehend gesetzlich aufzuheben. Doch dann führte Deutschland Krieg gegen Jugoslawien – ein Land, in dem die Wehrmacht Völkermord beging – und unsere Rehabilitierung war kein Thema mehr. Das merkten wir auch am 20. Juli 2000 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Dort hatte die *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär* nach der offiziellen Gedenkveranstaltung und

vor dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr für die Wehrmachtsdeserteure eine Gedenkfeier organisiert. Bei meiner Ansprache im Ehrenhof wurde ich von dem Kommandeur der Feldjäger als Straftäter beschimpft, und unser Kranz wurde über Nacht und unter dem Hausrecht der Bundeswehr gestohlen.

Anfang 2001 brachte die PDS den früheren SPD-Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure *wörtlich* in den Bundestag ein, was zu einiger Irritation führte. Endlich, am 17. Mai 2002, wurden unsere Urteile gesetzlich aufgehoben. Nicht aufgehoben wurde der Straftatbestand „Kriegsverrat“. Zu meiner Bemerkung, dass doch Millionen KZ-Insassen und Zivilisten nicht mehr hätten zu sterben brauchen, wenn es im deutschen Vernichtungskrieg mehr Kriegsverrat gegeben hätte, sagte mir der zuständige Staatssekretär Hartenbach: „Das haben wir dem Kanzler nicht vermitteln können.“

In Sachsen sind die nach 1945 Verfolgten wichtiger

Besonders bedrückend ist die Politik des Gedenkens für die Opfer der NS-Militärjustiz in Sachsen, wo in Torgau ab 1943 das Reichskriegsgericht wütete. Über 1000 Todesurteile, unzählige Hungertote und viele Folteropfer sind die

Regelmäßige Leser von LEIPZIGS NEUE kennen sowohl den von den Nazis einst zum Tode verurteilten Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann als auch die unsägliche sächsische Gedenkstättenpolitik. Die am 9. Mai dieses Jahres eröffnete Ausstellung in Torgau – einst Ort der Todesqualen Tausender Wehrmachtsdeserteure – dient ausschließlich der Gleich-

setzung von faschistischen Kriegsverbrechen und deren sowjetischer Verfolgung. Nazitäter werden zu Opfern gedacht. Nachdem deshalb die NS-Opferverbände im Frühjahr 2004 alle aus der sächsischen Gedenkstättenstiftung ausgetreten waren, steht dieser Tage neuer Krach ins Haus: Die Naziopfer wollen sich diese Torgauer Ausstellung nicht länger bieten lassen.



Dank des hartnäckigen Ringens örtlicher Antifaschisten erhielten 26 Leipziger Wehrmachtsdeserteure am 1. September 1998 mit einem Denkmal ihre Namen zurück, die von der NS-Militärjustiz ausgelöscht waren.

Foto: Märker

und Folterer geehrt werden können. Denn allein im Januar 1946 waren im Fort Zinna 498 Schergen der Gestapo und 25 Kriegsrichter inhaftiert. Sie haben unsere Opfer in Deutschland und allen besetzten Ländern verurteilt und gefoltert. Mich haben sie bei der Vernehmung und noch in der Todeszelle mehrfach zusammenschlagen, weil ich meine Freunde aus dem französischen Widerstand nicht verraten wollte und nicht verraten habe.

An anderen sächsischen Orten ist bereits die Ehrung von NS-Tätern möglich. So

Hingerichteten in der Mehrzahl Richter am Volksgerichtshof, den Kriegsgerichteten und Sondergerichten waren. Obwohl der Bundesgerichtshof diese Richter in seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 als „Blutrichter“ brandmarkte, die wegen „Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen“ hätten belangt werden müssen, wurde im Westen keiner von ihnen je bestraft. Deshalb gelten sie alle als unschuldig, auch der Kriegsrichter Hans Filbinger, der Wehrmachtsdeserteure noch bei Kriegs-

Kein Gedenken für Wehrmachtsdeserteure?

düstere Bilanz unserer Verfolgung in Torgau Fort Zinna. Auch nach 1945 war Fort Zinna Haftanstalt, zuerst bis 1950 unter der sowjetischen Militäradministration, dann bis 1989 Strafvollzugsanstalt der DDR und seitdem sächsische Justizvollzugsanstalt. Nach der Wende war der ehemalige sächsische Justizminister Steffen Heitmann für Fort Zinna zuständig. Seiner Äußerung, ihm sei das Gedenken an die nach 1945 Verfolgten wichtiger, ließ er gleich Taten folgen, indem er ihnen 1992 eine Gedenkstätte mit einem drei Meter hohen Kreuz im Anstaltsbereich genehmigte und mitfinanzierte. Wir haben trotz unserer weit schwereren Verfolgung am Fort Zinna nicht einmal einen Platz, wo wir für die Opfer der NS-Militärjustiz Blumen niederlegen können. Diese Missachtung der verfolgten und ermordeten Wehrmachtsdeserteure wurde besonders deutlich, als Sachsen – nur unterstützt von Bayern – am 19. Dezember 1996 den mit großer Mehrheit verabschiedeten Gesetzentwurf des Bundesrates zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer zu unserer Bestürzung ablehnte.

Die „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“, dominiert von vier Ministern, setzt diese Diskriminierung um. Sie will uns seit Jahren gegen unseren entschiedenen Widerstand eine gemeinsame Gedenkstätte mit den nach 1945 Verfolgten aufzwingen, obwohl damit auch unsere Richter, Henker

haben Männer des Waldheimer Kameradschaftskreises dem „Henker von Torgau“ Friedrich Heinicke, der viele Wehrmachtsdeserteure misshandelt und erschlagen hat und dafür in den Waldheimprozessen der DDR zum Tode verurteilt wurde, an seinem Urnengrab „die Ehre erwiesen“ (*Leipziger Volkszeitung* vom 21. 3. 2000). Früher bezeichnete der Militärgeschichtler Dr. Haase jenen Heinicke noch als einen „NS-Täter der schlimmsten Kategorie“. Heute – als Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – sieht er in seiner Ehrung nur noch eine „Deutungsunsicherheit“. Und wenn ihm vom Waldheimer Kameradschaftskreis versichert wird, dass nur „unschuldige Kameraden“ geehrt werden, so hat sich damit für ihn der Fall vollends erledigt, obwohl dies den Kern des Problem berührt.

Blutrichter als CDU-Ehrenvorsitzender – und Mörderehrung in Torgau

Denn als mit dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz viele DDR-Urteile aufgehoben wurden, sind die Urteile der Waldheimprozesse – mit denen auch Unschuldige verurteilt wurden – explizit und pauschal als Unrechtsurteile aufgehoben worden, so dass jeder, der das will, auch die 24 Hingerichteten der Waldheimprozesse für unschuldig halten kann. Das ist um so schlimmer, als die 24

ende mit Todesurteilen und Hinrichtungen verfolgte. Er ist einer dieser Blutrichter und Kapitalverbrecher, außerdem Ehrenvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg und wird dort bis heute auch von der Landesregierung geehrt. Warum sollen da nicht auch die Männer vom Waldheimer Kameradschaftskreis diese Mörder von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern ehren?

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat über die sächsische Gedenkstättenpolitik eine Dokumentation herausgegeben, in der es im Vorwort heißt: „Neben diesen notwendigen und wichtigen Neuanfängen (nach dem oft einseitigen DDR-Gedenken) zeigten sich jedoch gleichzeitig in vielen sächsischen Städten und Orten Tendenzen, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus auf neue Art zu vereinsamen, zu pauschalisieren oder ganz auszulöschen.“ So auch geschehen im Zuchthaus Waldheim, der größten Haftanstalt Sachsens. Fast die Hälfte der von 1933 bis 1945 hier inhaftierten Frauen und Männer waren wegen „Hochverrats“ verurteilt worden, aber auch 800 Euthanasieopfer wurden hier ermordet. Die auf dem Anstaltsfriedhof beigesetzten NS-Opfer wurden nach 1945 mit einer Gedenktafel geehrt. Diese Tafel wurde nach der Wende entfernt und durch eine Tafel mit der Aufschrift „Den

Fortsetzung auf Seite 9

Kürzlich brachte die LVZ keinen reißerisch aufgemachten Beitrag über Ereignisse, die sich im Oktober 1944 in Nemmersdorf, einer der ersten von der Sowjetarmee eingenommenen deutschen Ortschaften, zugetragen haben sollen. Sekundiert von einem Universitätsprofessor, erging sich der Verfasser in grauenvollen Details aus Berichten der Nazi-

presse über das „Wüten“ der „Sowjets“ unter den Dorfbewohnern. Immerhin schloss er gewisse Manipulationen unter Mitwirkung von SS-Spitzen nicht aus, doch war man sich darin einig, dass es heute „kaum mehr möglich“ sei, zu einer vollständigen Aufklärung zu gelangen. Der auf Geschichtsaufbereitung à la Guido Knopp eingeschworene Leser wird diesen Beitrag dankbar aufgenommen und womöglich auch noch die professorale Schlussbelehrung, dass sich vor allem Neonazis und das „Antifa-Lager“ in „umstrittenen“ Fällen die Faktenlage zurechtschneiden würden, geschluckt haben. Nur sehr kurz kam in dem LVZ-Beitrag der Thüringer Historiker Bernhard Fisch zu Wort – der einzige, der dank langjähriger Forschungen zum Thema Nemmersdorf etwas Schlüssiges zu sagen hatte. Ich erinnerte mich sogleich an seinen lesenswerten Beitrag zu einem Buch, das ich kürzlich zu rezensieren hatte. Fisch nimmt dort kein Blatt vor den Mund, nennt Verbrechen von Angehörigen der Roten Armee wie Vergewaltigungen oder grundlose Erschießungen beim Namen. Doch was die offenen Fragen im Falle von Nemmersdorf anbelangt, so lautet sein Fazit nach minutiöser Analyse doch ein wenig anders als bei der LVZ. Es seien deutscherseits noch vor der Wiedereinnahme des Ortes „Fäden gesponnen worden, die bis zum

heutigen Tage verborgen geblieben sind“, und die Forschung sei „bis in diese Gründe noch nicht vorgedrungen“. Schließlich besaßen, wie Fisch anmerkt, die NS-Militärs eine spezielle Truppe für Sondereinsätze, die „Brandenburger“, die bis weit ins sowjetische Hinterland hinein operierte und mit Beutefahrzeugen und anderem Diversion und Täuschungsmas-

anders als erwartet – teils blasser, weniger lebendig als gedacht, teils aber auch mit überraschenden Eigenheiten (z. B. die Versform, poetische Qualitäten!). Und dies allein führte schon zu den im Buch behandelten Fragen: Etwa nach dem kulturellen Umfeld und den Voraussetzungen des Briefeschreibens (in einem Land wie der UdSSR, das erst wenige Jahre zu-

vor das verbreitete Analphabetentum überwunden hatte), nach der Wirkung ständiger Todesnähe an der Front (die „Lust am lockeren

Mitteilen“ wick „dem schlichten Bedürfnis, die Verbindung zur Heimat und Familie nicht zu verlieren...“), der Übernahme propagandistischer Klischees. Und alles dies war auch abhängig von der konkreten Kriegphase: zum Ende hin differenzierten sich die Bilder von deutschen Menschen und Orten ... Ein Fazit zu diesem Thema lautet: Die briefeschreibenden Rotarmisten hätten nicht im mindesten „ein über die Vernichtung des Nationalsozialismus hinausgehendes Sendungsbewusstsein“ gezeigt, sie „kamen nicht im Bewusstsein, den Kommunismus nach Deutschland zu tragen“... Nicht nur dieses Resultat des Buches dürfte den Protagonisten der Politikgeschichte noch gehörig Stoff zum Nachdenken geben!

• WILLI BEITZ

Elke Scherstjanoi (Hg.): Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen. (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 14. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte. Redaktion: Hartmut Mehringer und Udo Wengst). K. G. Saur Verlag GmbH, München 2004. 449 Seiten, 110 Euro

Wem dient dieses Rotarmistenbild?

növer betreiben konnte.

Das erwähnte Buch mit dem Titel „Rotarmisten schreiben aus Deutschland“. Die Herausgeberin, Dr. Elke Scherstjanoi, als Kennerin sowjetischer Deutschlandpolitik bekannt, hat darin außer zahlreichen Originaltexten sowjetischer Frontsoldaten-Briefe (vom Oktober 1944 bis Juni 1945) Beiträge von neun weiteren deutschen und russischen Historikern versammelt, die sich mit den verschiedensten Facetten des Konfrontations- und Begegnungsdramas auf deutschem Boden in der Endphase des Krieges, seiner politisch-propagandistischen Vor- und Aufbereitung (von beiden Seiten), auch mit Aspekten des Kriegsvölkerrechts sowie mit dem Stand der einschlägigen sowjetischen und postsowjetischen Historiographie befassen. Eine fundamental angelegte Publikation.

Welche Leseindrücke soll man bei der hier gebotenen Kürze herausgreifen? Vielleicht den der Rotarmisten-Briefe selbst, in denen ich einen unmittelbaren Reflex auf die Begegnung mit Deutschen und ihrem Lebensmilieu zu finden hoffte. Doch die Briefe waren

Keine Handhabe den Neonazis!

Auch unseren Leser SIEGFRIED MÜLLER aus Leipzig beschäftigte jener LVZ-Artikel vom 21. Oktober über ein Dorf in Ostpreußen:

Fett und in großen Buchstaben titelte die LVZ „Der Fall Nemmersdorf – Sowjet-Massaker oder NS-Lüge?“ In die Mitte des Artikels setzte die Redaktion die Kopfzeile des *Angriff(s)*, der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront der Nazis, vom 28. Oktober 1944: „So wüteten die Sowjet-Bestien in Nemmersdorf“. LVZ-Autor Heiner Scholz wies auf den *Völkischen Beobachter* und einige andere deutsche Zeitungen hin und wiederholte einiges, was sie unter der Überschrift „Das Wüten der sowjetischen Bestien“ von sich gegeben hatten.

Am Ende seines Artikels verwies der Autor auf ein Buch von Bernhard Fisch, der „akribisch(e) Fakten und Abläufe“ liefere, „dass die Sowjets – was schlimm genug ist – deutsche Zivilisten erschossen haben“. Doch „das Kreuzigen von Frauen habe indes nicht stattgefunden“.

Ich kenne weder den im LVZ-Artikel erwähnten Herrn Fisch noch sein Buch. Wenn er aber in Russland war und den Krieg bis zum „siegreichen Rückzug“ erlebt hat, so kann ihm nicht entgangen sein, was wir dort an Verbrechen im Namen Deutschlands begangen haben. Meine Begeisterung, mit der nicht nur ich in diesen Krieg zog, erhielt bereits in Charkow an den unzähligen an Bäumen und Masten erhängten Zivilisten, Männer wie Frauen, einen Dämpfer. Auch in anderen Orten, in die wir kurz nach der Besetzung kamen, sah ich Ähnliches. In Shitomir verlor ich endgültig den uns eingepflanzten Glauben an den Führer. Alle Einwohner

mussten sich auf dem Marktplatz einfinden. Wer nicht freiwillig kam, wurde mit Gewalt herangeholt. Wir hatten Befehl, dem Treiben der SS-Leute als Zuschauer beizuwohnen. Alle Männer wurden erhängt und die Übriggebliebenen – Frauen, Kinder und Greise – zum Erschießen aus der Stadt getrieben. Hatten wir bis dahin die Meinung vertreten, dass Hitler davon nichts wusste, hörte ich nach Shitomir nie wieder: „Wenn das der Führer verbrocht“.

Dieses furchtbare Verbrechen verfolgt mich heute noch, wenn ich in irgendeiner Weise an den Krieg in Russland erinnert werde. Vor einigen Jahren schrieb ich mir das Entsetzliche sogar in einem Gedicht von der Seele.

Der Artikel der LVZ provoziert zu der Frage, ob Pressefreiheit, eine der Säulen der Demokratie, wirklich so zu verstehen ist, zu schreiben, was man denkt und will, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen. Ich glaube eher, dass gerade jetzt, wo die braune Gefahr deutlich zu erkennen sein dürfte, sehr sorgsam in den Medien mit Themen, Ereignissen und Meinungen umgegangen werden muss. Öffentliche Äußerungen und auch Entscheidungen von Juristen dürfen nicht den geringsten Anschein erwecken, den Neonazis „gefällig“ zu sein. Die Demokratie darf nie wieder – wie es in der Weimarer Republik geschah – Faschisten die Möglichkeit geben, sie mit demokratischen Mitteln zu vernichten.

Ich werde als ein in der Jugend vom Faschismus Verführter nicht schweigen und zusehen, wenn versucht wird, diesen Ungeist wieder gesellschaftsfähig zu machen. Auch der Antikommunismus kann Helfershelfer der Neonazis sein und werden.

Fortsetzung von Seite 8

unschuldigen Opfern der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft im Zuchthaus Waldheim 1950–1954“ ersetzt. Schändungen und Zerstörungen von Grab- und Gedenkstätten für NS-Opfer haben stets auch einen faschistischen Hintergrund und sind strafbar. In Sachsen konnten allerdings in vielen Städten und Orten ganz offiziell Gedenkstätten für NS-Opfer ausgelöscht werden. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist nicht bereit, diese Grab- und Gedenkstätten für die NS-Verfolgten wieder herzurichten und zu erhalten. So bleibt das Gedenken an diese NS-Opfer in Sachsen geschändet und ausgelöscht.

Anfang 2004 haben der Zentralrat der Juden in Deutschland und alle NS-Verfolgtenverbände die Stiftung Sächsische Gedenkstätten verlassen, weil sie die inzwischen auch gesetzlich festgeschriebene Gleichsetzung der NS-Verfolgung mit der Verfolgung nach 1945 nicht mehr hinnehmen wollten. Auch die

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland und der Gedenkstätten weltweit haben die sächsische Gedenkstättenpolitik explizit verurteilt. Trotz dieser beispiellosen Kritik will die CDU/CSU die sächsische Gedenkstättenpolitik bundesweit verwirklichen. Ihr Antrag dazu stand ursprünglich für den 30. Januar 2004 auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestags. Wohl auch, weil das Datum zu viele negative Emotionen weckte, wurde der Termin kurzfristig abgesagt. Am 17. Juni 2004 wurde der CDU/CSU-Antrag im Plenum des Bundestags mehrheitlich verworfen.

Gestapo- und SD-Schergen als unschuldige Opfer dargestellt

Am 9. Mai 2004 eröffnete Dr. Joachim Gauck gegen unseren entschiedenen Widerstand im Torgauer Schloss eine Dauerausstellung der Stiftung zur Verfolgung in Torgau vor und nach 1945. Zur NS-Verfolgung werden in ihr 14 Verfolg-

tenporträts und 18 Thementafeln gezeigt, zur Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone 24 Verfolgtenporträts und 31 Thementafeln. Bei der Ausstellung gibt es keine wirkliche räumliche Trennung zwischen den Ausstellungsteilen zur NS-Verfolgung und der Verfolgung nach 1945 – ein Raum geht offen in den anderen über. Dabei werden die Schergen der Gestapo und des SD pauschal als unschuldige Opfer bezeichnet. So heißt es im Ausstellungstext zu den sowjetischen Speziallagern:

„Danach sollten sie dazu dienen, ‚feindliche Elemente in Gewahrsam zu halten‘: Personen, die als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, wie etwa NSDAP-Funktionäre, Mitarbeiter von Gestapo und SD sowie generell alle Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht. Dabei erfassten diese Lager aber nicht mutmaßliche ‚Nazi- und Kriegsverbrecher‘.“

Die Gestapo und der SD wurden in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisationen verurteilt. Ihre „Mitarbeiter“ sind der Inbegriff der „Nazi- und Kriegsverbrecher“ schlechthin.

Beispielhaft für das Gedenken in Torgau ist die Behandlung der luxemburgischen Zwangsrekrutierten: Am 22. und 23. Dezember 1944 wurden elf von ihnen hingerichtet, weil sie nicht für Hitler-Deutschland in den Krieg ziehen wollten. Sie waren blutjung und die Abschiedsbriefe an ihre Eltern können einem das Herz zerreißen. Kein Verfolgtenporträt von ihnen wird in der Dauerausstellung gezeigt. Es soll ganz offensichtlich nicht mehr daran erinnert werden, was zu der Verfolgung nach 1945 geführt hat.

Wir fordern in Torgau eine eigene Dauerausstellung, die Vernichtungskrieg/Holocaust, Verfolgung durch die NS-Militärjustiz, Verfolgung durch das Reichskriegsgericht und Verfolgung der Kriegsgefangenen und Zwangsrekrutierten umfasst. Und wir fordern am Fort Zinna eine eigene würdige Gedenkstätte, welche der Schwere unserer Verfolgung gerecht wird.

Ludwig Baumann ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz

Ade KunstKaufhaus?

Einen ernsthaften, bisweilen traurigen und resignierenden Eindruck macht sie schon, die Gerda Vieczenz. Denn sie muss wahrscheinlich das von ihr im April 1977 eröffnete KunstKaufhaus – damals noch in einer stillgelegten Fabrikhalle in der Mockauer Rosenowstraße, heute in der Nähe des Adlers in der Zschocherschen Straße – zum Jahresende schließen. „Wir werden die Miete nicht mehr bezahlen können“, sagt sie, denn das Zentralantiquariat als Vermieter ist nicht bereit, einen gangbaren Kompromiss einzugehen. Auch lassen sich kaum noch Flächen an Praxen und Büros vermieten, in der Vergangenheit noch die Möglichkeit einer Nebeneinnahme. Und allein vom Verkauf künstlerischer Arbeiten könne man nicht leben. Es gäbe zwar allerhand Lauf-, aber nur wenig Kaufkundschaft im Plagwitz Haus. Schließt das Kunstkaufhaus, verlieren viele junge Künstler nicht nur aus dem Leipziger Umfeld ein Forum, ihre Arbeiten zu zeigen. Hier können sie kostenlos ausstellen, aber auch Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen herstellen. Bedauerlich wäre die Schließung auch für die Kunden, meint Gerda Vieczenz, besuchten doch in der Vergangenheit zahlreiche Kunstinteressierte, oftmals ganze Familien, regelmäßig das Haus. Gern würde Gerda Vieczenz das Haus weiterführen, weiß sie doch, wie es kunstschaffenden Frauen und Männern hilft. Jedoch hat sie die Hoffnung nicht aufgegeben, dass das in Leipzig bisher einmalige Projekt KunstKaufhaus noch eine Chance bekommt.

• H. GERATHEWOHL

Jüdischer Maler

LN. Seit dem 4. November ist im Oberlichtsaal der Stadtbibliothek Leipzig die Ausstellung „BORIS SATCHAKOW – ein jüdischer Maler in Leipzig“ zu sehen.

Mit dieser Präsentation soll, wie das Deutsch-Russische Zentrum zu Leipzig erklärte, ein Zeichen des Protests gegen den Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag, der Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern und gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus gesetzt werden.

Womacka in Chemnitz

LN. Die Galerie Rosenkranz in der Chemnitzer Max-Planck-Straße 46B zeigt bis Ende November Arbeiten von Walter Womacka, dessen Autobiografie *Farbe bekennen* kürzlich erschienen ist. Aussagen des Autors in diesen Erinnerungen nahm die Stadt Frankfurt/Oder zum Anlass, dem Maler die Eintragung in das Goldenen Buch der Stadt zu verweigern. Die Galerie Rosenkranz ist dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Schon im Vorjahr erwies sich die Einbeziehung der Leipziger Musikinstitute und -gedenkstätten in die Mendelssohn-Festtage des Gewandhauses als entschiedener Gewinn. Dank dieses Zusammenwirkens konnten die Festtage als respektable Festwoche diesmal mit mehr als 30 Veranstaltungen vom Großen Concert bis zu Vorführungen im Musikinstrumenten-Museum und Spaziergängen auf historischen Pfaden aufwarten. Nur die Leipziger Klangkörper des Rundfunks blieben mit ihren großen Möglichkeiten auch diesmal noch außen vor.

Den Mittelpunkt bildete selbstverständlich wieder das Gewandhauskonzert unter Leitung Herbert Blomstedts. Einen besonderen Akzent erhielt es diesmal, indem die Ouvertüre „Ruy Blas“, das zweite Klavierkonzert d-Moll mit Bernd Glemser als virtuosen Solisten und die Schottische Sinfonie erstmals nach der Neuen, auf den Quellen basierenden Leipziger Mendelssohn-Edition gespielt wurden. Das hat vor allem für die Feinheiten der Interpretation Bedeutung. Zum Thema „Mendelssohn und England“, dem eine bis 21. November geöffnete Ausstellung im Mendelssohn-Haus gewidmet ist, gestaltete das Neue Mendelssohn Kam-

Erlebnisreiche Mendelssohn-Festtage

Vielfalt vom Großen Concert bis zu den Liedern ohne Worte

merorchester Leipzig unter Gunnar Harms ein Programm mit Werken von Henry Purcell, William Sterndale Benett und natürlich von Mendelssohn ein reizvolles Programm. Durchaus Reizvolles führte auch das Salonorchester „Capuccino“ unter Albrecht Winter vor.

Neben dem Gewandhauschor unter Morten Schuldt-Jensen und dem Chiltern Chamber Choir unter Adrian Davis, die ein klug ausgewähltes Programm boten, beeindruckten der Hamburger Monteverdi-Chor, Solisten und Mitglieder des Gewandhausorchesters unter Leitung Gothart Stiers nach dem vorjährigen „Paulus“ nun mit einer konzentrierten Aufführung des „Elias“. Im Festgottesdienst am Reformationstag waren die Thomaner unter ihrem Kantor Georg Christoph Biller in den beiden Motetten das Leipziger Vocalensemble unter David Timm zu erleben.

Dem Thema „Mendelssohn und England“ widmete die Mendels-

sohn-Hochschule für Musik und Theater zwei Konzerte mit Werken von Mendelssohn und dem von ihm aus England ans Leipziger Konservatorium geholten Pianisten, Komponisten und Klavierpädagogen Ignaz Moscheles. Henry Roche, ein Ururenkel Moscheles', war dabei am zweiten Abend auch als Pianist zu hören. Die Gegenüberstellung von Werken beider Komponisten machte Einflüsse des um eine Generation älteren Moscheles auf Mendelssohns Klaviermusik deutlich, aber mehr noch die über Moscheles hinausführenden Unterschiede.

Manch Seltenes besicherten die an einigen Abenden mit Lesungen verbundenen Kammer- und Klaviermusiken im Mendelssohn-Saal des Gewandhauses, im Bach-Archiv sowie im Mendelssohn- und im Schumann-Haus, das bis Jahresende eine Ausstellung „Clara Schumanns Begegnungen mit England“ zeigt. Dabei erwies sich die Aufführung aller 48 Lieder ohne Worte

von Mendelssohn als ein aufschlussreiches Experiment. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, das führe doch zu ermüdender Gleichförmigkeit, erreichten die Qualität dieser kunstvoll Stücke und die feinsinnige, ausdrucksstarke Interpretation Eva Sperls Spannung vom ersten bis zum letzten Stück. Die Qualität kleinerer Stücke demonstrierte auch Peter Meyer mit einer Auswahl aus diesen Klavierliedern, Nocturnes von John Field, den drei Romanzen von Clara Schumann, Stücken aus dem Zyklus „Das Jahr“ von Fanny Hensel und Peter Tschaikowskis Zyklus „Die Jahreszeiten“.

Zum Abschluss zogen Igor Oistrach, Natalia Zertsalova und das von Christian Funke geleitete Bachorchester zum Besten des Mendelssohn- und des Schumann-Hauses nochmals viele Zuhörer an.

Mendelssohns vielseitiges Wirken bietet weitere Themen für diese Festtage: Mendelssohn als Dirigent von Uraufführungen und wieder entdeckten Werken des 18. Jahrhunderts, als Förderer seiner Zeitgenossen, als Pianist, Organist und Kammermusiker, die Einbeziehung von Uraufführungen neuer Werke aus anderen Ländern.

• WERNER WOLF / GUNTER HEMPEL



UNVERÖFFENTLICHTE ZYKLEN zu literarischen Themen des österreichischen Grafikers, Illustrators und Malers Hans Fronius (1903-1988) sind gegenwärtig im Leipziger Haus des Buches zu sehen. Ergänzt wird die Ausstellung, veranstaltet vom Leipziger Bibliophilen-Abend e. V., durch eine Auswahl einiger von Hans Fronius illustrierter Bücher.

Die Ausstellung kann bis zum 26. November montags bis freitags von 9 - 18 Uhr besichtigt werden.

Abb.: Ensor, Goya, Kubin. Radierung von Hans Fronius, 1970

UNTERM STRICH

Hilfe, die Sozialpädagogen kommen!

Auf einer Fachtagung, die kürzlich zum Thema „Entwicklung sozialer und interkultureller Kompetenzen in der Berufsausbildung“ in Leipzig stattfand und die vom Bildungsförderwerk „Arbeit und Leben Sachsen gGmbH“ sowie der „Otto-Brenner-Stiftung“ organisiert wurde, fiel das verwendete Fachchinesisch im Einführungsvortrag einer Sozialpädagogin aus Köln unangenehm auf und gab Anlass zu folgender Glosse:

Deutsch – schwere Sprache, türkisch – schwere Sprache, sozialpädagogisch – sehr schwere Sprache. „Killing me softly“ stöhnte Aretha Franklin in ihrem berühmten Hit und meinte das

sanfte Töten offenbar ebenso wenig ernst wie die Sozialpädagogen und -wissenschaftler, wenn sie in Zeiten von Job kill von „Soft (s)kills“ reden. Dabei wollen sie alle am Leben bleiben, die Sängerin ebenso wie die Sozialpädagogin, in deren Eröffnungsvortrag zur Tagung es rein fachchinesisch zuing: „interkulturelle Kompetenzen“, „Paradigmen“, „Selbstreferenz“, „Empathie“, „Verstehensproblematik“, „diskursive Kompetenz“, „Ethnisierung“ und „Kulturalisierung“, „kulturelles Differenzverhalten“, „Marginalisierung“, „Minorisierung“, „Dominanzsensibilität“, „Balancieren von

Ambivalenzen“, „Implementieren“, „multikultureller Handlungsimpuls“, „Interaktion“, „Überaktion“, „Metakommunikation“, „Reflexion von Projektionsmechanismen“, „Handlungsansatz“.

Als ich meine Ambivalenzen nicht länger ausbalancieren konnte und die Tagung kurz heimlich verließ, um mir einen Dictionary, ein Wörterbuch und mein „Latein für Angeber“ zu besorgen, wurde ich von den Einlassdamen auf frischer Tat erappt mit der Frage: Haben Sie heute schon evaluiert? Verschämt stammelte ich, dass ich zwar gewaschen und gekämmt

sei, meinen Nachbarn stets grüße und es donnerstags doch kälter als draußen ist und rettete mich aufs Klo. Dort schwor ich mir, endlich mein Herz in die Hand zu nehmen und einen Perspektivwechsel zu wagen, um Toleranz und Verständnis für Menschen aus einem anderen Sprachkreis wie Soziologen oder Pädagogen aufzubringen. Ich könnte andererseits natürlich auch im Projektland BRD Fördergelder für ein neues Projekt beantragen, wobei ich den Arbeitstitel bei der Kanzlerin in spe Angela Merkel entlehnen würde, die der Fundamentalmeinung frönt: „In Deutschland spricht man deutsch!“

• JUDO

Tobias Kaiser u. a. (Hg.): Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel: Studien zur Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und deutscher Zweistaatlichkeit. Metropol Verlag, Berlin 2004. 318 S.

Jürgen Elvert, Susanne Krauß (Hg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen 2001. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, 286 S.

Die beiden Titel sind im Rahmen der Diskussion zu orten, die 1998 auf dem „Deutschen Historikertag“ in Frankfurt a. M. ausbrach. Es ging um die nazistischen Ursprünge der Geschichtswissenschaft der AltBRD. Der Nazismus verstorbenen Gründerväter und Leitgestalten wurde von jüngeren Historikern pietätlos aufgedeckt. Da dies gegen den Willen der längst etablierten und zumeist schon ergrauten Schüler jener Gründerväter geschah, die in Nachfolge ihrer Lehrer dazu geschwiegen hatten, lautete die Überschrift eines Berichts: „Schuldige Väter, milde Söhne, strenge Enkel“. Bald schalteten sich aber Historiker der Führungsgeneration in die kontroversen Diskussionen ein in der Absicht, die Interessen der „milden Söhne“ wahrzunehmen. Dafür ist der voluminöse Interviewband „Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus“ (Stuttgart 2000) charakteristisch.

Nazistische Ursprünge der altbundesdeutschen Geschichtswissenschaft

Auf die Veröffentlichung „Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel“ trifft das aber keineswegs zu. Anlass der Tagung, aus der sie hervorgegangen ist, war der 100. Geburtstag des Historikers K. Griewank. So nennt sich auch ihr 1. Teil „Karl Griewank und die Jenaer Geschichtswissenschaft“. Generell gehen die Autoren der Frage nach, ob und in welchem Maße nazistische Einflüsse und Aktivitäten festzustellen sind. Selbst Griewank gerät hierbei ins Visier.

Im 2. Teil „Wissenschaft und Politik“ wird unter erweiterten Aspekten die Diskussion fortgesetzt. P. Schöttler kommt hinsichtlich des Bandes „Versäumte Fragen“ zu dem Urteil, dieser diene primär „der Rückgewinnung einer verlorenen Unschuld“. Der vom H.-U. Wehler gegenüber seinem postnazistischen Lehrer Schieder und seinesgleichen empfohlene „schmerzliche Spagat“ – Kritik des Nazismus vor und Bewunderung des Werkes nach 1945 – habe sich in eine „Relativierung“ der Kritik verwandelt. Neben Beiträgen über den Nazismus Heimpels (K. P. Sommer) und bei „...Neuzeithistoriker(n) vor und nach 1945“ –

W. Conze, G. Ipsen, W. Markert wie auch bei H. Freyer – (T. Etzemüller) ist ein Beitrag über „Gerhard Ritter und die ‚Verwestlichung‘ der deutschen Historiografie seit 1945“ (Ch. Cornelissen) hervorzuheben. Allerdings verwundert Ritters Aufnahme in diesen Teil des Buches. Galt er doch als ein entschiedener Gegner Hitlers, was ihn aber u. a. nicht daran hinderte, die Jagd der Gestapo auf kommunistische Widerstandskämpfer und deren Hinrichtung zu befürworten. Sein fortgesetzter Kampf gegen Kommunismus und Marxismus nach 1945 sowie seine Auseinandersetzung mit der französischen Annaleschule spielen im Beitrag eine wesentliche Rolle. Der 3. Teil enthält unter dem Titel „Vergleiche und Längsschnitte“ sehr lesenswerte Beiträge über „Das Frankreich-Werk Hedwig Hintzes in der Weimarer Republik“ (St. Kaudelka), über „Kulturgeschichtsschreibung in Deutschland und Rußland im Vergleich“ (T. M. Bohn) sowie über „Transdisziplinarität in den historischen Kulturwissenschaften“ (St. Haas).

Im Unterschied zu diesem Band fällt aber die Veröffentlichung

der Ranke-Gesellschaft potenziert unter die Kritik Schöttlers. Das gilt für den Beitrag von W. J. Mommsen über „Gestürzte Denkmäler? Die ‚Fälle‘ Aubin, Conze, Erdmann und Schieder“, der die Kritik zwar aufgreift, aber schon mit der Überschrift bezweifelt. Das betrifft die Apologetik der Ranke-Gesellschaft, die ihr einstiger Vorsitzender M. Salewski bietet. Sie trifft aber auch für die Anlage des Bandes – ungeachtet des hohen Rangs einer Reihe von Beiträgen – insgesamt zu. So ist die Eingliederung des Mommsen-Beitrags in die Folge von Debatten und Kontroversen von Ranke bis zu „Moderne versus Postmoderne“ eine apologetische Pseudohistorisierung. Ging es doch bei Mommsen nicht um Kontroversen über theoretische und methodische Fragen oder über die Interpretation historischer Ereignisse, sondern um das jahrzehntelange Verschweigen und Verleugnen des Nazismus führender Historiker der BRD und um den Widerstand, der jenen begegnete, die damit Schluss machen wollten.

Salewski verzichtet auf die Subtilität Mommsens. Er wendet sich vehement gegen die Kritik

der „jungen wilden Historiker von heute“, denen Schieder und viele andere als „braun“ gelten. Er bestreitet dies aber gar nicht. Vielmehr stellt er fest, dass die wenigen Historiker, „die nie braun waren“, die deutsche Geschichtswissenschaft „nach 1945 nur zum Teil aufgebaut“ haben. Damit gilt sie ihm ganz überwiegend als Werk der Nazi-Historiker.

Die völlige Ignoranz der Tatsache, dass marxistische Historiker wie E. Engelberg, J. Kuczynski, W. Markov, A. Meusel, Leo Stern u. a., die den Faschismus seit Anbeginn entschieden bekämpft hatten, mit ihren Schülern und nichtmarxistischen Kollegen in der DDR eine neue Geschichtswissenschaft begründeten, die in der „Ökumene der Historiker“ Geltung gewann, entspricht dem antimarxistischen Dogmatismus der Ranke-Gesellschaft. Diese Ignoranz kann aber keineswegs für viele namhafte Historiker der BRD gelten, die nicht nur den Dialog mit ihren marxistischen Kollegen der DDR führten, sondern auch mit ihnen kooperierten. E. Schulin, der hier u. a. hervorzuheben ist, fasste eine Erkenntnis, die er in diesem Zusammenwirken gewonnen hatte, 1988 in die Worte: „Verständnis für den anderen zu gewinnen oder von Problemerkennnissen zu erfahren, die einem selber nicht möglich waren, warum sollte das manchmal nicht sogar lebenswichtig sein, also die Lebenschancen in unserer Welt verbessern.“

• WERNER BERTHOLD

Sachsen-Anhalt Geschichte und Geschichten

Eine neue Publikationsreihe aus dem Anderbeck Verlag, Hrsg. Matthias Tullner

Der Schwerpunkt des Hefes 1 (5,90 Euro) dieser anspruchsvoll gestalteten neuen Reihe, die sich an eine breite Leserschaft richtet, ist die Beteiligung von Persönlichkeiten aus dem heutigen Sachsen-Anhalt an den Ereignissen des 20. Juli 1944.

Aussagen werden vor allem getroffen zu Henning von

Tresckow, Bernhard und Johannes Georg Klamroth, Carl Wentzel-Teuschenthal und Hans Hasso von Veltheim.

Der Herausgeber dieser Reihe fungiert im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Die jeweiligen Texte sind die Auffassung ihrer Verfasser. Das Heft 2004/2 wird sich mit der Geschichte der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens in der Region befassen.

• K. SCH.



Fakten gegen Ost-West-Legenden

Walter Friedrich: Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2004. 71 Seiten, 4 Euro (Hefte zur politischen Bildung, H. 31)

Viele Erörterungen über aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, Absichten und Forderungen vollziehen sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland und ihrer Entwicklung nach 1990, wobei namentlich die fortdauernden Ost-West-Unterschiede immer wieder Anlass für Fragen, Missverständnisse und auch Polemiken geben. Indem der Autor die wesentlichsten relevanten Fakten zusammenführt und bewertet, trägt er dazu bei, eine solide, realistische und von Vorurteilen freie Diskussionsbasis zu schaffen. 13 Tabellen im Text und vier im Anhang (vor allem zur Einkommenssituation) sowie zahlreiche weitere Primärdaten im Text sind ein unbe-

stechlicher Fonds für das Fazit seiner Analyse: dass politische und rechtliche Maßnahmen „zu schwerwiegenden, teilweise stigmatisierenden Formen der sozialen Benachteiligung der Ostdeutschen, der Frauen noch mehr als der Männer, geführt haben“, womit er eindeutig Legenden von einer ungerechtfertigten Bevorzugung der Ostdeutschen zurückweist. Als Ausgangspunkt stellt er den in der Öffentlichkeit immer wieder hervorgehobenen West-Ost-Transfers die in der Gegenrichtung verlaufenen und verlaufenden Gewinnströme gegenüber, ebenso die riesigen Vermögensgewinne auf dem ostdeutschen Immobilienmarkt sowie den Prozess der Liquidierung der DDR-Volkswirtschaft durch die Treuhand-Anstalt (Egon Bahr: „Ich kenne kein Volk auf Erden, das so enteignet worden ist.“)

Im einzelnen untersucht Friedrich dann die Vermögensverhältnisse und die Einkommensverhältnisse, letztere gegliedert nach Gesamt-, Arbeits- und Renteneinkommen. Hinsichtlich der Vermögens-

verhältnisse gibt es, was aktuelle Daten betrifft, große Tabus, insbesondere seitdem seit 1995 keine Vermögenssteuer mehr erhoben wird. Dennoch kann der Autor mit einer Reihe aufschlussreicher Angaben aufwarten. Sie lassen den Schluss zu, dass auch in jüngster Zeit die Ungleichmäßigkeit der Verteilung des Reichtums gewachsen ist und dass die Differenzen zwischen Ost und West sehr krass sind.

Für den Bereich der Einkommen liegt ein reichhaltiges statistisches Material vor, das der Autor zu verdichten und zu interpretieren versteht. Seine Feststellungen leiten unmittelbar über zu den aktuellen Diskussionen und sozialen Kämpfen gegen den immer offeneren Raubzug an den Einkommen der sozial Abhängigen – immer auch unter dem Aspekt der von Politikern ständig weiter vertagten Gleichstellung von Ost und West. Der Autor erwartet, dass die Verantwortlichen die Fakten und Trends genauer zur Kenntnis nehmen und für Schlussfolgerungen nutzen.

• G. L.

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet

Bernhard
Almstadt

Bernhardt Almstadt – am 25. August 1897 in Hannover geboren – war das dreizehnte Kind eines Schumachers, das für einen kärglichen Lohn als ungelerner Fabrikarbeiter zum Lebensunterhalt der Familie beitrug bis er 1916 Soldat wurde. Der sozialistischen Arbeiterjugend bereits vor Ausbruch des Krieges zugehörig, orientierte er sich am antimilitaristischen Kampf der Spartakusgruppe. Er wurde während der Novemberrevolution 1918 in Hannover in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, war von Anbeginn Mitglied der KPD und trug zum Aufbau und zur Entwicklung der kommunistischen Jugendbewegung in Niedersachsen bei. 1924 wurde Bernhard Almstadt Geschäftsführer der Magdeburger Zeitung „Tribüne“, von der er 1930 an das Essener „Ruhr Echo“ wechselte. Später übernahm er in Berlin die Leitung des Arbeiter-Sport-Verlages, war Herausgeber der Zeitung „Rot-Sport“ und Mitglied der Reichsleitung der „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur wurde er einer der führenden Organisatoren des Widerstandes der Arbeitersportler, wofür er vom Nazi-Regime bereits im Oktober 1933 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wieder in Freiheit, schloss er sich der Widerstandsorganisation Saefkow-Jacob-Bästlein an, in deren Auftrag er insbesondere Verbindungen zu Widerstandsgruppen im Ruhrgebiet herstellte. Er war einbezogen in die Herstellung von Kontakten zu Ernst Thälmann und in den Plan seiner Befreiung. Als Thälmann von Hannover nach Bautzen verlegt worden war, wurden diese Bemühungen mit Hilfe Dresdner Genossen fortgesetzt, die jedoch letztlich fehlschlagen. Im Juli 1944 fiel Bernhard Almstadt der Gestapo in die Hände. Am 19. September zum Tode verurteilt, wurde er am 6. November 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

In den frühen Stunden seines Todestages schrieb er im Rückblick auf die schweren Folterungen und sonstigen Misshandlungen, die er in der Gestapo-Haft erlitten hatte, an seine Ehefrau Erna, die ihm zugleich eine treue und tapfere Kampfgefährtin war, die bewegenden Worte: „Der Tod kann auch ein Erlöser sein. Ich sehe in ihm keinen Feind, sondern einen guten Mann, der einen furchtbaren Zustand beendet.“ • KURT SCHNEIDER

Ein Film, der viel verhüllt

Bezeichnende Auslassungen in einer dreiteiligen Fernsehdokumentation der ARD über Goebbels / Von OTTO SEIFERT

Im Oktober strahlte die ARD drei Sendungen über Goebbels aus, die letzte am 11. Oktober. Gestützt auf dessen Tagebücher, führte Elke Fröhlich durch den Dreiteiler. Wer die 135 Minuten dauernde Sendung sah, erfuhr, wie sich Goebbels zum Reichsminister hocharbeitete, wie er Hitler und der NSDAP diente und erhielt Einblicke in seine Demagogie als NS-Propagandist. Viel Zeit nahmen sich die Produzenten der Serie, um das Privat- und Liebesleben eines der mächtigsten NS-Führer detailliert zu schildern. Oft entstand der Eindruck, der oberste Nazi-Propagandist solle durch diese Methode „humanisiert“ werden. Das Verhältnis zu seiner Frau und zu Hitler wird beleuchtet, und durchgehend wird er fast ausschließlich als Propagandist dargestellt, nicht als Chef aller modernen Medien, als Dirigent der größten Massenmanipulation, der psychologischen Kriegführung und kaum als Leiter der Verfolgung und Vernichtung von Literatur. Seit 1937 unterstanden ihm die gesamte Presse mit 60 Verlagen, etwa 2500 Buchverlage, alle Rundfunkstationen, Theater, Verleger, Buchhändler, Musiker, bildende Künstler und Schriftsteller, die von seinem Apparat zugelassen und nicht schon ausgemerzt, vertrieben oder verboten waren. Diese Angaben stammen aus der Zeit vor der sogenannten Erweiterung des Reiches (Eingliederung Österreichs und besetzter Gebiete in Ost und West). Der Medienapparat reichte 1943 von der Krim bis nach Paris, von Nordnorwegen bis nach Griechenland und Nordafrika. Mit 113 330 178 RM erreichte der Zentralverlag der NSDAP den höchsten Umsatz

aller deutschen Konzerne. Mit der Kunst des Auslassens wurde ein Bild von Goebbels als Propagandaredner gezeichnet, nicht aber als Organisator der Verfolgung von humanistischen, liberalen und pazifistischen Künstlern und Schriftstellern und der gesamten Emigration. Goebbels schaltete erst Kommunisten, Sozialdemokraten, liberale und bürgerlich-demokratische Gruppierungen aus, ehe er zur Massenverfolgung und Vernichtung überging. Er verkörperte nicht nur den NS-Propagandisten und verkündete nicht nur den Antisemitismus. Er baute eine gesonderte große Abteilung zur „Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet“ auf und erreichte 1937/38 mit Hilfe der Reichskulturkammer, des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig sowie der Gestapo, dass er Hitler das NS-Deutschland als „ju-

denfrei“ melden konnte. Goebbels und sein Apparat waren Propagandisten des Antisemitismus und Organisatoren des Holocaust. Diese Verbrechen an Juden setzten sie auch im gesamten besetzten Europa fort. Der Reichskulturwart, SS-Gruppenführer Hans Hinkel, wirkte unter Goebbels als Geschäftsführer der Reichskulturkammer und leitete die Abteilung „Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet“. Hinkel organisierte, dass alle Juden aus dem kulturellen Leben vertrieben wurden, ins Exil oder in die Vernichtungslager gehen mussten und der Geist des Judentums liquidiert wurde. Er lebte bis 1960 in der BRD als „Minderbelasteter“ mit einer sehr guten Pension. Wir erfahren, dass Eberhard Taubert am Hetzfilm „Der ewige Jude“ mitwirkte, und nur nebenbei etwas über seine Funktion, Propaganda gegen die Nazigege-



Goebbels – das Medium Rundfunk fest im Griff

ner zu betreiben, aber nicht, dass er Generalreferent für alle Fragen der Propaganda, Kulturpolitik und geistige Ausmerzung im besetzten „Ostraum“ und Vertreter im Amt Rosenberg war. Über die Rollen von Werner Naumann, Staatssekretär von Goebbels, SS-Obersturmbannführer Fritz Hippler, Leiter der Filmabteilung, SS-Standartenführer Wolfgang Diewerge, Leiter des Reichspropagandaamtes Danzig-Westpreußen, Leiter der Rundfunkabteilung von Goebbels, und andere gibt es kaum Informationen. Wurde über diese Nazis nichts berichtet, weil sie alle ins NSDAP/SS-Netzwerk nach 1945 verstrickt waren, ab 1948 neonazistische Propaganda betrieben, vom gesamtdeutschen Ministerium gefördert wurden und sich aktiv in der FDP und um sie betätigten? Als Zeuge führten die Filmemacher den persönlichen Referenten von Goebbels, Wilfried von Oven, vor. Oven trat bereits 1930 der NSDAP bei, war ebenso im NS-Netzwerk nach 1945 wirksam. Er fiel unter die „Adenauer-Amnestie“ und wirkte nach 1950 in der Medienlandschaft der BRD, veröffentlichte ein Buch zur Verherrlichung von Goebbels („Mit Goebbels bis zum Ende“) und hatte Verbindungen zum früheren MdB Ernst Achenbach, der vor 1945 als Gesandtschaftsrat im besetzten Paris für Judenfragen und Kulturpolitik zuständig war, später Mitstreiter des SD-Chefs Six. Oven, unkommentiert als *der Zeitzeuge* vorgestellt, ist ein Zugeständnis an Neonazis und deren Ungeist.

Dieser Film verhüllt, dass bedeutende Teile des Apparates von Goebbels und der SS-Ideologen und -Verbrecher den Medienapparat nach 1949 im Westen mitbestimmten.

Zweifel erheben sich über die Wissenschaftlichkeit von Dokumentation dieser Art. Der genannten Fernsehdokumentation könnten andere zu Seite gestellt werden.

Am 15. November 1884 trat auf Initiative von Reichskanzler Bismarck in Berlin die sogenannte Kongo-Konferenz zusammen, in der die Großmächte Afrika faktisch unter sich aufteilten. Damit begann der offizielle Aufstieg Deutschlands zur Kolonialmacht. Bereits seit den 70er Jahren gab es im Deutschen Reich eine Kolonialbewegung, getragen von der stark expandierenden, nach Rohstoffquellen und Absatzmärkten strebenden Industrie; 1882 wurde der Deutsche Kolonialverein gegründet. Nur wegen Zögerns und diplomatischer Rücksichten war die Politik hier zunächst nicht wirksam geworden. Noch während der Kongo-Konferenz trat die von Carl Peters gegründete Gesellschaft auf den Plan. Die praktische Geschichte deutscher kolonialer Besitznahmen in Afrika begann im Gebiet

Vor 120 Jahren Deutschland wird Kolonialmacht

des heutigen Tansania mit der Unterzeichnung eines Vertrags, der so beginnt: „*Mafungu Bini-ani ..., Sultan von Nguru, tritt hiermit durch sein Handzeichen und unter Zuziehung der mitunterschiedenen Zeugen das ihm widerspruchlos als alleinigem Souverän gehörige Land Quani Quatunge in Nguru ... für ewige Zeiten und zu völlig freier Verfügung an Herrn Dr. Peters als den Vertreter der Gesellschaft für deutsche Kolonialisierung, ..., ab.*“

Peters erwirbt damit das alleinige Recht, „*Grund und Boden, Forsten und Flüsse usw. in jeder ihm beliebigen Weise auszunutzen; das alleinige Recht, Kolonisten in das Land zu führen; eigene Justiz und Verwaltung einzurichten, Zölle und*

Steuern aufzulegen.“ Im Gegenzug verpflichtet sich Peters, den Sultan und sein Volk „*zu schützen gegen jedermann, soweit es in seinen Kräften steht.*“

Drei Monate später – er hat inzwischen weitere derartige „Verträge“ abgeschlossen – erhält er den „Schutzbrief“ Wilhelms II., mit dem er die Oberhoheit über die betreffenden Gebiete und „*weiterer Uns nachzuweisender Erwerbungen ... unter Unseren Kaiserlichen Schutz*“ stellt

In der Folge wird die deutsche Kolonialherrschaft nicht nur mit solch kriminellen Mitteln ausgeübt und erweitert, sondern zunehmend mit physischer Gewalt: mit Erschießungen, Entführung afrikanischer Frauen, und der Entsendung eines Flottengeschwaders. Nachdem mit

Großbritannien, Portugal und Belgien die Grenzen zu deren Besitzungen festgelegt sind, beginnt die „Erschließung“ von „Deutsch-Ostafrika“, die Ausplünderung des Landes und der Bewohner. Wie in anderen deutschen Kolonien – Kamerun, Südwestafrika, Kiautschou u. a. – geht sie einher mit der blutigen Niederschlagung des Widerstandes der Eingeborenen. Die deutsche Kolonialgeschichte endete nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Vertrag von Versailles. Die deutschen Monopole und ihre politischen Geschäftsführer richten die weltweite Expansion fortan auf neue Ziele und bedienen sich anderer Mittel: militärischer wie wirtschaftlicher und diplomatischer. Bis heute. • G. L.



Von
**KLAUS
HUHN**

Messgeräten auf das Boot. Vor der Baracke warteten alle gebannt auf das Ergebnis. Es kam: Alle Maße stimmten! „Mutafo“ wurde also für die Olympiaregatta zu Wasser gelassen. Auch das noch: In der entscheidenden letzten Wettfahrt fehlten den Rostockern nur 16 Sekunden am Gold. Daran sollte man sich

kampfperiodisierung zu verändern. Bei der entscheidenden Sitzung des NOK letztes Wochenende in Frankfurt/Main plädierte Präsident Klaus Steinbach nicht für Wettkampfperiodisierung, sondern dafür, dass das NOK bei der Fusion einen Führungsanspruch anzumelden habe! Und er verschleierte dieses

Im Sport ist Tempo gefragt, deshalb ist er auch so schnelllebig. An die Helden von gestern erinnern sich heute oft nur noch wenige. Neulich fand ich einen Namen in meinem Notizbuch und grübelte eine Weile: Mutafo? Bei der Suche stieß ich auf Ehm Welk, der ein Buch mit diesem Titel geschrieben hatte: Mutafo, das Ding, das durch den Wind geht. Und da hatte ich die Spur. So hatten drei Rostocker Segler vor vierzig Jahren ihr Drachenboot getauft, mit dem sie sich für die Olympischen Spiele in Tokio qualifizierten, die im Herbst 1964 stattfanden. Es war noch eine gesamtdeutsche Mannschaft und die Ausscheidungsregatten wurden knallhart gesegelt. Die Schiedsrichter ersticken fast in Protestformularen. Als „Mutafo“ schon verladen und auf dem Seeweg ins ferne Enoshima war, ging der letzte BRD-Protest ein: Die „Mutafo“-Maße stimmten angeblich nicht, die Rostocker hätten sich also mit einem „gefälschten“ Boot die Olympiafahrkarte ersegelt. (Regel 1: DDR-Sportler betrogen immer ...) Die Internationale Jury wartete im fernöstlichen Enoshima auf die Ankunft des Frachters, der die „Mutafo“ an Bord hatte. Das Schiff geriet in einen Sturm, verspätete sich, die Spannung stieg wie in einem guten Krimi. Dann wurde „Mutafo“ abgeladen und alle Zuständigen stürzten sich mit Zollstöcken und und anderen

Sportkolumne Nicht alles „Mutafo“

schon mal erinnern. Und vielleicht auch noch daran: Weil die Hüte der gesamtdeutschen Mannschaft aus einem volkseigenen Betrieb kamen, weigerten sich die BRD-Segler, sie zur Eröffnungszeremonie aufzusetzen. Das war das erste Mal, dass man bei Olympia einen Unterschied zwischen Ost und West auf Anhieb erkennen konnte.

Heutzutage streitet man über ganz andere olympische Probleme. Der Deutsche Sportbund (DSB) und das Nationale Olympische Komitee (NOK) sollen zusammengelegt werden. Und dann – so die Wortführer der Fusion – siegt Deutschland wieder bei Olympia! In Leipzig brachten unlängst kluge Köpfe zu Papier, was in Angriff genommen werden müsste, um zu Siegen zurückkehren zu können. Vielleicht begingen sie einen Irrtum, weil sie glaubten, es wären kluge Köpfe, die die Probleme lösen wollen. Vorgeschlagen worden war zum Beispiel, die Wett-

Anliegen mit folgenden Forderungen: „Wir streben eine Sportorganisation an, die olympiakompatibel von Olympia geprägt und durchdrungen ist.“ Hört jemand die Nachtigall nicht trappen? Ein Besuch beim Ohrenarzt wird empfohlen.

Das NOK hat auch darauf verwiesen, dass es schon eine gebührende Vorleistung abgeliefert habe: Die Zahl der Präsidiumsmitglieder wurde von 23 auf 12 Mitglieder reduziert.

Am 16. November sollen die entscheidenden Verhandlungen zwischen beiden Gremien beginnen, und ich muss mich nicht als Wahrsager versuchen, um prophezeien zu können, was dabei herauskommen wird. DSB-Präsident Manfred von Richthofen hatte unlängst verkündet: „In jedem Fall müssten die Gespräche bis Ende November abgeschlossen sein, damit der Spitzensport weiß, wo es hinget.“

Da hat er Recht, das will man nämlich schon lange wissen! Damit nicht alles „Mutafo“ ist und durch den Wind geht.

TELESKOP

Erst verkohlt, jetzt verqueent

Irgendwann nach der vollzogenen Konterrevolution habe ich mir versprochen: Wenn in deiner Tageszeitung des erste Horoskop erscheint, kündigst du das Abo. Doch was sollte ich tun, ich brauchte das verwurstende Blatt wegen manch regionaler Information oder auch einfach nur, um zu sehen, wie heute so desinformiert und manipuliert wird. Mit dem Fernsehen ist es einfacher, da kann man bestimmte Peinlichkeiten wegzappen. Bestelle einer aber mal eine Zeitung ohne die Seite 15 oder 21 ...

Manchmal komme ich dennoch nicht zum Tastendruck auf meiner Fernbedienung, so baff bin ich darüber, was mir alles zugemutet wird. Erst dieser Tage wieder überschlugen sich die Stimmen vor allem der Sprecherinnen, sie loderten geradezu im königlichen Abglanz: The Queen trägt Königsblau! Jedenfalls in Berlin. Sie lässt sogar ihren extra eingeflogenen weinroten Bentley stehen, um im Panoramazug mit freiem Blick zum Himmel – wie göttlich – vorgeführt zu bekommen, wie sich die einst geteilte Stadt verwandelt hat. Berlin hat's ja. Zumindest hat es nicht nötig, sich Ausgaben für Sinnlosbesuche zu verkneifen. Da ist schon Partyking Wowereit vor.

The Queen ist also hellauf begeistert. Das bleibt ihr unbenommen. Aber warum hechelt ihr das deutsche Volk so hinterher? Hat es nicht 1918 mit diesem teuren und reaktionären Spuk ein Ende gemacht – revolutionär, zeitgemäß? Parlamentarische Demokratie und ein Juchzen und Jauchzen, eine echte Königin, ein durchs irdische Dasein schwebendes blaues Blut in der Nähe zu wissen – wie passt das nur zusammen? Kann sie vielleicht die Renten „ihrer“ Untertanen erhöhen? Sie kann sie nicht mal senken. Kann sie die britischen Soldaten aus dem Irak heimholen? Sie hat sie ja gar nicht hingeschickt ... Wozu das ganze Gloria? – Damit Tränen der Rührung und auch des Kummers frei fließen können, ihr nicht den Rocksäum küssen zu dürfen? Was trägt sie auch so kurze Mäntel. Die Moderatorinnen überschlagen sich mit süßlichen Tiraden über die Freude bei den Menschen allüberall, eine leibhaftige Königin in ihrer Mitte zu wissen. Wie im Märchen. Und sie ist so edel, so freundlich. Und natürlich isst sie auch edel. Dutzende Köche werden gezeigt, wie sie teuerste Zutaten noch teurer verköcheln, um dem königlichen Gaumen höchste Lust zu bescheren. Da ist sie dann nicht mehr ein Mensch wie du und ich. Da haben wir Lieschen Müllers nur noch draußen vor dem Tor verklärt zu staunen.

Mit einem Volk, das sich dermaßen beschäftigen lässt, ist keine neue Revolution in Sicht.

• MX

Nach Abschluss der olympischen Spiele in Athen und eingedenk der dort erreichten schlechten Leistungen der deutschen Athleten traf sich am 13. Oktober in Leipzig eine Gruppe ehemaliger Sport- und Trainingswissenschaftlern, Trainingsmethodikern sowie Olympiateilnehmern und -siegern, Sportfunktionären und -praktikern zu einer breitgefächerten Diskussion zum Thema „Olympia und seine Spiele 2004 – Ergebnisse, Entwicklungen und bemerkenswerte Details“. Ziel war die Suche nach Wegen und Möglichkeiten, um aus der gegenwärtigen Misere herauszukommen. Helmut Horatschkes (Berlin) differenzierte statistische Analyse war eine sehr gute Diskussionsgrundlage. Zu den Ergebnissen der Beratung: In den Mittelpunkt gestellt werden sollte künftig eine komplexe Analyse in allen olympischen Sportarten, insbesondere in den so genannten Kernsportarten, und dies

Wege und Chancen nach Athen 2004

ohne politische, ideologische, föderal-strukturelle, organisatorische und kaderinterne Vorbehalte. Im Einzelnen ist eine tiefgreifende Auswertung der Ergebnisse von Athen durch das NOK und den DSB unter Hinzuziehung von Cheftrainern und Leistungssportlern ebenso nötig wie die Prüfung der Übernahme von Trainingsstrategien, Konzepten der Trainingsplanung von Disziplinen mit internationalem Leistungsniveau wie Kanu, Rudern, Sportschießen u. a. Ferner braucht es eine Koordinierung der lang-, mittel- und kurzfristigen Trainings- und Wettkampfplanung. Zunächst und vor allem zwischen den Kern- und medailenträchtigen Sportarten. Zu fördern und zu entwickeln ist der Vorschul-, Schul-, Berufsschul- und Jugend- sowie Studentensport. Intensivierung und vor allem Koordinierung der Lei-

stungssportforschung durch Erweiterung und Qualifizierung des Sportartenprogramms der sportwissenschaftlichen Einrichtungen IAS in Leipzig und des FES in Berlin ist angesagt. Wesentlich zu erhöhen ist die Verantwortung der Sportverbände als Vor-Ort-Zentren für eine abgestimmte, auf die Territorien gerichtete Leistungssportentwicklung. Zu entwickeln ist ein Fördersystem der Leistungssportler, in dem Sport, Ausbildung und Beruf eine Einheit bilden. Der bisher praktizierte Weg des Selbstlaufs ist leistungsbehindernd. Einbezogen werden sollten, zum Beispiel in der Form von Runden Tischen, auch Spitzentrainer der DDR, deren Erfahrungen von unschätzbarem Wert sind. Reserven und Möglichkeiten im Leistungssport bieten – ohne Wenn

und Aber – alle jene Erfahrungen, Forschungsergebnisse und -erkenntnisse des DDR-Leistungssports, die sich auf dem Prüfstand internationaler Anforderungen bewährten.

Eine Fusion von NOK und DSB für eine Reformierung des deutschen Leistungssports ist nur dann sinnvoll, wenn eine zielgerichtete Leistungssportentwicklung vom Nachwuchs- bis zum Hochleistungssport gesichert wird.

Der Teilnehmerkreis unterstützt das Positionspapier der Ständigen Konferenz der 16 LSB in Hannover, dass die Gesamtverantwortung für die Förderung und Entwicklung im internationalen Wettkampfvorgleich in einer einzigen Organisation zusammenlaufen soll. Das liegt durchaus im Erfahrungsfeld des DDR-Leistungssports.

• PROF. em. DR. FRED GRAS

Die Gewinner stehen fest

Wir danken allen Leserinnen und Lesern, die sich an unserem kleinen Preisausschreiben beteiligten. Wir fragten in Ausgabe 21 nach Leipziger Sportlern, die bei Olympischen Spielen Medaillen gewannen. Unter Ausschluss des Rechtsweges wurden drei Gewinner des Buches „Athen 2004 – Unser Olympiabuch“ von Kristin Otto und Heinz Florian Oertel gezogen:

**Elisabeth Weber,
Klaus Birnbaum,
Alfred Bauer.**

Wir gratulieren allen Gewinnern. Die Bücher werden in den nächsten Tagen übergeben.

Die richtigen Antworten: 1. Kristin Otto, 2. 1960 in Rom und 3. Jens Lehmann.

BEI ANDEREN GELESEN

Dr. Ulrich Eder, Steuerfachanwalt und selbst Berater bei Dutzenden Cross-Border-Leasing-Geschäften (CBL), sieht große Risiken auf die Städte zukommen: „Bisher haben die US-Investoren stillgehalten, aber jetzt sind keine Neuabschlüsse mehr möglich, und man muss keine Rücksicht auf negative Presse nehmen. Damit wird man versucht sein, sich aus diesen Verträgen mit

Aus für Cross-Border-Leasing-Modell

Schadenersatzforderungen herauszuklagen.“

... CBL ist das Verleasen von kommunalem Eigentum an einen US-Investor, der daraus Steuervorteile zieht. Anschließend mietet die Kommune das verleaste Eigentum, sei es eine Kläranlage oder U-Bahnrohre, wieder zurück, um es selbst zu betreiben.

Im Rahmen einer großen Steuergesetzgebung, dem sogenannten Job Creation Act of 2004, wurde in den USA das zukünftige Eingehen von Cross Border Leasings rückwirkend zum 12. März 2004 verboten. ... Am letzten Freitag unterschrieb Präsident George W. Bush das Gesetz ...

Durch derzeit laufende Betriebsprüfungen können alle bisherigen Transaktionen in Frage gestellt werden. Damit kann der jeweilige US-Partner Schadenersatzforderungen in dreistelliger Millionenhöhe an die Städte herantragen. Derzeit erhalten viele Kommunen Post aus den USA vom IRS, das ihre Leasingdeals unter die Lupe nimmt ...

Schon das ganz normale Vertragsmanagement enthält genug Fallstricke, wie der Fall Essen zeigt. Dort wäre eine „winzige Katasterverschiebung“ im Zuge einer Neuvermessung der Messe der Stadt beinahe zum Verhängnis geworden. Diese hätte zuerst mit dem US-Vertragspartner, der die Messe geleast hat, abgestimmt werden müssen. Ansonsten könnte dieser mit Schadenersatz bis zu 30 Prozent des Transaktionsvolumens drohen – in Essen wären das 130 Millionen Euro. Bei einem Schuldenstand von über 300 Millionen Euro fast gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Tod. Besonders pikant: Der Gerichtsstand ist jeweils New York. Schließlich sind die USA bekannt für hohe Schadenersatzforderungen.

Corell Wex
in „Junge Welt“ vom
1. November 2004

Das Leid der Bootsflüchtlinge

Einige Leserinnen und Leser von LEIPZIGS NEUE haben vielleicht das Foto im ND vom 18. Oktober mit dem Titel „Zerstörte Hoffnung“ gesehen. Es zeigt junge afrikanische Männer, die vor der Kanareninsel Fuerteventura von der spanischen Küstenwache aufgegriffen wurden.

Meine Frau und ich waren vor kurzem als Urlauber auf dieser Insel. Bei einer unserer Strandwanderungen kamen wir an einem auseinandergefallenen Boot vorbei, das etwas erhöht in den Steinklippen lag. Das Holz, aus dem das Boot gezimmert war, sah ziemlich neu aus. Bei uns funkte es noch nicht.

An einem anderen Tag, in einer Lagune, ein ähnliches Boot, das offensichtlich bei Flut dort gelandet oder gestrandet sein musste. Kein Name, keine Bezeichnung am Boot, das schätzungsweise 8–10 Personen aufnehmen konnte. Als wir

sahen, was in dem Boot noch lag, wurde uns alles klar. Ein sehr hoher Plastebehälter, in dem noch lange Weißbrote steckten, ein großer Wasserkännchen, zurückgelassene Kleidungsstücke ...

Wenn man das sieht, wird man traurig und wütend zugleich. Auf unserer weiteren Strandwanderung haben wir nicht mehr viel gesprochen. Sind die Boote mit oder ohne Besatzung auf der Insel angekommen? Welche Ängste mussten die Menschen ausstehen? Wie lange haben sie von der circa 120 Kilometer entfernten afrikanischen Küste bis zur Insel gebraucht? Gehörten sie zu den von der Küstenwache Aufgegriffenen? Wenn sie glücklich gelandet sein sollten, wie kommen sie unerkannt von der Insel aufs Festland? Fragen, die wir niemandem stellen und die uns niemand beantworten konnte.

MANFRED ERBE,
LEIPZIG

Zerstörte Hoffnung

Vor der Kanareninsel Fuerteventura hat die spanische Küstenwache am Wochenende 317 Flüchtlinge aufgegriffen. Die illegalen Einwanderer, unter ihnen fünf Frauen und drei Kleinkinder, waren mit drei Booten unterwegs. Die meisten von ihnen seien aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara



Foto: ND 18. Oktober



Foto: Helga Erbe

Seit Jahren schreibe ich, entstehen Texte, von denen ich wissen möchte, ob es sich um Gedichte handelt und ob sie auch anderen etwas mitteilen können. Mir wurde geraten, doch einmal Christel Hartinger anzurufen, sie lädt zu Konsultationen ein, würde auch Gesprächsrunden mit Literaturinteressierten veranstalten, in die ich hineinpassen könnte ...

Diese Auskunft bestätigte sich, und ich war nun schon das zweite Mal im „Literaturcafé unterm Dach“ des Karl-Liebknecht-Hauses, in dem es an jedem letzten Freitag eines Monats rund um Geschriebenes, Vorgelesenes geht.

Der Zyklus der Veranstaltungen, so konnte ich inzwischen erfahren, beginnt immer mit einer Lesung der Freitagswerkstatt „Erzählen und Schreiben“; dann

„Bingo“ im Literaturcafé unterm Dach

folgt ein offenes Literaturgespräch „Vorlesen und Zuhören“ über mitgebrachte Lieblingsbücher oder Selbstverfasstes, und in einer dritten Veranstaltung „Rezitieren und korrigieren“ kann vor den professionellen Ohren der Regisseurin und Schauspielerin Luise Wilsdorf geübt werden, wie zum Beispiel „Der Zauberlehrling“ in der Deutschstunde oder eine Geburtstagsrede wirkungsvoll vorzutragen sind. LISA, die feministische Arbeitsgemeinschaft in der PDS (auch etwas, das ich bisher nicht kannte) trägt diese sich wiederholende Veranstaltungsreihe.

Am letzten Freitag im Oktober stand „Vorlesen und Zuhören“ auf dem Programm, vorgestellt wurden Texte aus allen Gattungen: Luise Wilsdorf las mit großem komischen Geschick aus ihrer Komödie „Eine Leiche zum Tee“, die vor wenigen Tagen mit ihrem Seniorentheater „Prima“ eine umjubelte Premiere hatte. Frau Helga Rahn stellte Gedichte vor, denen sich ein intensives Gespräch über Lebenserfahrungen vor allem der älteren Generation anschloss. Wolfgang Kühns Texte, vor allem „Bingo“, wo in seltener Offenheit Suchtprobleme formuliert werden, erregte rundum Anerken-

nung, und – Herr Kühn bin ich – diese Debatte bestätigte mir, in diesem Kreis bin ich richtig.

Abschließend hörten wir Lebensinformationen und Gedichte von Frau Dr. Samia Tschauschli, einer schon lange in Leipzig lebenden und wirkenden kurdischen Soziologin und Autorin. Sie trug sie in ihrer Muttersprache und in deutscher Übertragung vor, und besonders dadurch vermittelten sie uns die Schwere und die Tapferkeit eines Lebens im Exil. Frau Dr. Hartinger will versuchen, vor allem auch die Texte dieser Autorin kontinuierlicher bekanntzumachen.

Und ich werde weiterhin ins Dach-Café kommen und kann das nur allen empfehlen, die in Sachen Literatur Anschluss suchen.

WOLFGANG KÜHN,
LEIPZIG

Die Innsbrucker Geschichtsinstitut Professorin Brigitte Mazohl-Wallnig sprach in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig am 26. Oktober zum Thema „Die ‚Erfindung‘ Österreichs durch die Nationalgeschichtsschreibung“.

Der Zufall wollte es, dass an diesem Tag, an dem sich lediglich 20 Zuhörer im Vortraum der Stiftung eingefunden hatten, Österreich gleichzeitig seinen 49. Nationalfeiertag – „Tag der Fahne“ – beging. Dieser Tag erinnert an die Verpflichtung Österreichs vom 26. 10. 1955 zu immerwährender Neutralität. Im gleichen Jahr war auch der Staatsvertrag abgeschlossen worden, der das Besatzungsstatut beendete und den Anschluss an Deutschland verbot. Weiterhin war Österreich in die UN aufgenommen worden.

Frau Dr. Mazohl-Wallnig gab zu Beginn einen aufschlussreichen Einblick in Umfra-

„Wir sind Österreicher, weil Österreich ein Staat ist und wir in diesem Staat leben“

geergebnisse. Während 1964 noch eine knappe Mehrheit der Österreicher ihr Land für eine deutsche Nation hielt, bejahten in diesem Jahr 76 Prozent die Frage, ob Österreich eine eigenständige Nation sei. 16 Prozent waren der Meinung, sie bilde sich allmählich heraus. Außerdem teilten 65 Prozent die Ansicht, die österreichische Nation gäbe es seit 1945, dem Beginn der Zweiten Republik. Die Erste Republik, die allgemein als Deutsch-Österreich bezeichnet wurde, war nach dem 1. Weltkrieg gebildet worden und endete 1938 mit dem sogenannten

Anschluss an Deutschland im Ergebnis einer Volksabstimmung.

Die Referentin schilderte die komplizierte Entstehung und Entwicklung Österreichs und charakterisierte die verschiedenen Bausteine des „Konstrukts österreichische Geschichte“ in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Die österreichische Nation sei immer ein rechtlich-staatlicher Begriff gewesen, zumal viele Nationalitäten im Verlauf der Geschichte in Österreich zusammengefasst wurden (Zitat Titelzeile).

Leider wurden in der Veranstaltung aktuelle Bezüge auf die heutige Situation in Österreich und die Politik der Bundesregierung völlig vernachlässigt. Gibt es doch beispielsweise im Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, der Asylfrage und dem Rechtspopulismus große Auseinandersetzungen.

M. BOLS

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Montag, 15. November, 18 Uhr, Leipzig
Die Türkei an der Schwelle der EU. Chancen und Risiken. Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Leipzig
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 17. November, 19 Uhr, Dresden
Faschismuskritik aus dem Geist des Nationalismus. Victor Klemperers antifaschistische Sprachkritik. Mit dem Autor Sönke Landt, Bremen
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 18. November, 17.30 Uhr, Leipzig
Zur Leipziger kulturhistorischen Osteuropaforschung und -lehre. Teil I. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig / Klagenfurt ***
 Harkortstr. 10

Sonntag, 20. November, 10-17 Uhr, Leipzig
 Workshop *Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno?* Anknüpfend an die Positionen der MEMORANDUM-Gruppe sollen Gegenkonzepte zur neoliberalen Regierungspolitik erörtert werden. Mit Dr. Ulrich Busch, Berlin; Karl Mai, Halle; Dr. Cornelia Heintze, Leipzig; Ronald Weckesser, MdL, Dresden; Karl-Friedrich Zais, MdL, Chemnitz; Prof. Dr. Berthold Kühn, Dresden; Dr. Hans-Georg Draheim, Dr. Horst Hesse, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Joachim Tesch, Leipzig. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um Voranmeldung gebeten. Rückfragen: <mailto:JTesch@t-online.de>
 Ratskeller, Lotterstr. 1

Dienstag, 23. November, 19 Uhr, Dresden
Linkes Denken: Georg Lukács – Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Eine Grundlage zur Erneuerung Marxschen Denkens? Mit Dr. Konrad Haase, Dresden
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 23. November, 18 Uhr, Leipzig
 StipendiatInnenseminar *Konkurrierende Konstruktionen von Nationalität und Regionalität: Zwei britische Sonntagszeitungen.* Mit Thomas Kachel, Stipendiat
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 24. November, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung *Boomtown Leipzig. Ein erregendes und kritisches Buch über die Entwicklung der sächsischen Metropole.* Mit dem Autor Helge-Heinz Heinker, Leipzig
 Harkortstr. 10

Freitag, 26. November, 18 Uhr, Zwickau
 Vortrag und Seminar *Arbeitslos und selbst schuld daran?* Psychologisierung der Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit aus der Sicht der Kritischen Psychologie des Marxisten K. Holzkamp. Mit Tom Pappert, Berlin. In Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk
 Haus der Gewerkschaft, Bahnhofstr. 68-70

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

26. 11., 16.30 Uhr: Über „Tätigkeit als Sinn des Lebens“. Im Gespräch mit Eberhard Bertram

Initiative Christliche Linke

20. 11., 11-13 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: *Wohin geht der Nahe Osten? Zur aktuellen Situation im Irak und in Palästina.* Mit Dr. Ingrid Mährdel

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

16. und 17. 11., 18 Uhr: Is(s) was?! Jugendtheaterprojekt über Essstörungen – ab 13 Jahre

26. und 27. 11., 19 Uhr: Blau 1 + 2 > 3. Jugendtheaterperformance – ab 13 Jahre

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im November neu bei uns:

Spionage für den Frieden. Konferenz am 7. Mai 2004 in Berlin. Alle Referate und Beiträge. edition ost, 10 Euro
 Hans Weiss, Ernst Schmiederer: Asoziale Marktwirtschaft. Kiepenheuer & Witsch, 19,90 Euro
 Leipzig in Trümmern. Das Jahr 1945 in Briefen, Tagebüchern und Fotografien. Lehmann, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der **Filiale Axispassage**

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123

Erweiterte Annahmezeiten für ALG II-Anträge

Zusätzlich zu den bekannten Öffnungszeiten sind die zentrale Annahmestelle in der Axis-Passage, Georg-Schumann-Str. 175 sowie alle Geschäftsstellen in Delitzsch, Eilenburg, Borna und Geithain an folgenden Sonntagen zur Annahme der Anträge geöffnet: 13. 11., 20. 11., 27. 11. und 4. 12.

Wir gratulieren im Namen vieler

Dr. Hans-Joachim Wienhold zum 70. Geburtstag

Lieber Hans, Freund und Gefährte, von ganzem Herzen grüßen wir dich zu deinem Ehrentag. Lass dir danken für deine rastlose, kluge und gestaltende Arbeit, für deine Freundlichkeit, deine nachdenkend-orientierende und warmherzig vermittelnde Art. Wir wünschen dir Glück auf dem Weg, viele Jahre Gesundheit, immer neue Kraft, Wohlergehen und Erfüllung im Kreise deiner Lieben und mit uns. Bleib wie du bist. Wir brauchen dich.

Leipziger Komitee für Gerechtigkeit Leipzig Friedenzentrum



Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlruherstraße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ
 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

.....
 Name, Vorname

 Straße, Hausnummer

 PLZ, Ort

 evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein
 Geschenkabonnement ist

 Name, Vorname

 Straße, Hausnummer

 PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

.....
 Geldinstitut

 BLZ

 Kontonummer

 Kontoinhaber

.....
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

.....
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

LN-Grafik-Aktion zum Jahresende 2004

Neue Grafikmappe von Marc Ranstetter

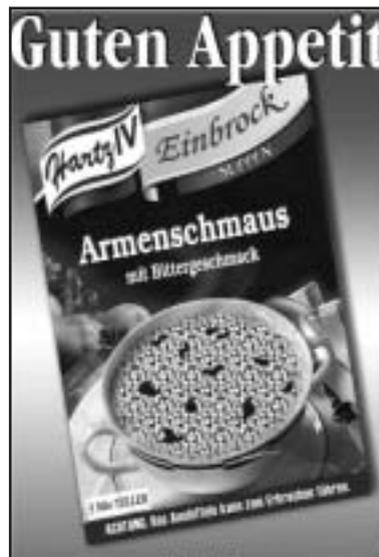
Unser Grafiker Hans-Jürgen Berg hat auch in diesem Jahr exklusiv für Leipzigs Neue einige seiner politisch-satirischen Fotografiken, die zum Teil auch in den LN-Ausgaben 2004 veröffentlicht waren, farbig aufbereitet und bietet sie hier in einer Mappe zu je 6 Blättern zum Kauf an. Die Grafiken sind im Format DIN A4 digital auf Karton, zwei Grafiken auf Fotopapier, gedruckt. Die Auflage ist auf 100 Stück limitiert, alle Blätter sind mit dem Pseudonym "Marc Ranstetter" handsigniert. Deshalb nicht lange warten und schnell bestellen. Die Auslieferung erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Bestellungen bis zum 20. Dezember 2004, also rechtzeitig vor Weihnachten. Eine komplette Mappe kostet 15 Euro, wovon 3 Euro dem Verein "Projekt Linke Zeitung e.V." als Spende zugute kommen.



gedruckt auf Fotopapier



gedruckt auf Karton



gedruckt auf Karton



gedruckt auf Karton



gedruckt auf Fotopapier



gedruckt auf Karton

oben von links nach rechts:

- Hartz 4: Plakat für einen schlechten Film.
- Täglich Frauentag und sie könnte wieder lächeln.
- Guten Appetit: Die Suppe zum Auslöfeln.

darunter von links nach rechts:

- Unser Kanzler - gewappnet für Ostdeutschland
- Esser, Zwickel, Ackermann: Rette sich wer kann.

ganz unten:

- Nullanpassung: Rentner bitte hier ablegen.

Bestellen können Sie die Grafikmappe telefonisch in der Redaktion unter **03 41 - 21 32 345** oder bei Hans-Jürgen Berg persönlich unter **03 42 05 - 1 80 10** oder per e-Mail an **BergPR@web.de**.

Natürlich können Sie Ihre Bestellung auch schriftlich senden an:

Redaktion Leipzigs Neue, Braustraße 15, 04107 Leipzig

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Lesen ist gefährlich

Ein Jürgen Heise aus 04703 Leipzig, der in meinem Telefonbuch leider nicht auffindbar war (sonst hätte ich mich nur zu gerne ein bisschen mit ihm unterhalten), findet es via LVZ-Leserpostseite bedenklich, wenn ein Lehrer den Besuch seiner Klasse im ehemaligen KZ Buchwald mit Bruno Apitz' Buch „Nackt unter Wölfen“ vorbereitet. Denn: Der Roman nahm es mit der Wahrheit nicht so genau! Nun ist es für gebildete Leute ja kein Geheimnis, dass ein Roman ein Roman ist, auch wenn der Autor mitunter auf tatsächliches Geschehen zurückgreift – dies aber dann eben literarisch verdichtet. J. Heise aber empfiehlt kategorisch: „Lehrer, die ihren Schülern nützen wollen, sollten Bruno Apitz einfach mal ungelesen im Regal stehen lassen.“

Ist das Lesen guter Literatur so gefährlich in diesem Staat?

Und: Wem nützt die Veröffentlichung solcher Lesermeinungen?

• MILIANE MAUS

Es gibt zwei Methoden, die Welt zu betrachten. Die eine benutzt ein Vergrößerungsglas, die andere eine Augenbinde.

• REINHARD LOCHNER

**Leipzigs
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062, E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

9. November

Die nächste Ausgabe erscheint am 26. November

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40